

Deutscher Bauernbund

christlich – konservativ – heimatverbunden

R U N D B R I E F Dezember 2019

**Wir wünschen Ihnen
eine besinnliche
Adventszeit, ein
gesegnetes
Weihnachtsfest und
alles Gute für das
neue Jahr 2020**



Die „grünen Kreuze“ als Zeichen des Protestes gegen das Agrarpaket

03	<i>Auf ein Wort:</i> <i>von Martin Dippe</i>
05	<i>Aus der Verbandsarbeit</i> <i>Deutscher Bauernbund e.V.</i>
05	PM: DBB stellt Notwendigkeit einer Agrarwende infrage
06	Ausblick Demo in Berlin Interview zur Demo
12	Verbändegespräch zur internationalen Handelspolitik
13	Besuch und Gespräch mit Landesbischof Kramer in Westerhausen
14	<i>DBB, Landesverband Brandenburg</i> Generationswechsel – Neuer Vorstand
16	<i>Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.</i>
16	Abschied von der Verbandsarbeit
19	Festsetzung „Grünes Band“- Anhörung Gesetzentwurf
20	Gegen den Ausverkauf von S.-Anhalts Äckern – Unterschriftenaktion
21	Höhepunkte und Veranstaltungen
24	<i>Bauernbund Thüringen</i> mdr: Ackerflächen auch in Thüringen zunehmend Spekulations- und Renditeobjekt
30	<i>Sachthemen</i>
30	Entwicklung von Niederschlagsmengen am Beispiel der Region Vorharz
34	Messstellennetze und Auswirkung Festlegung „rote Gebiete“
35	<i>Service und Termine</i>
35	Aktuelle Rechtsprechung: BVVG zu Zahlung von Schadenersatz nach Pächterkauf
36	Aktuelle Förderprogramme zur Neubearbeitung in Sachsen-Anhalt
39	Geldanlage Ackerland – Sendung Plusminus in der ARD
40	Amtswechsel im Bundesministerium
41	Gewinnglättung beschlossen

Deutscher Bauernbund

Präsident: Kurt-Henning Klamroth, Thale OT Westerhausen
Geschäftsstelle: Annekatrien Valverde, Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Telefon (03946) 70 89 06, Telefax (03946) 70 89 07
bauernbund@t-online.de, www.bauernbund.de

Bauernbund Sachsen-Anhalt

Präsident: Jochen Dettmer, Flechtingen, OT Belsdorf
Geschäftsstelle: Anke Werny, Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Telefon (03946) 708906, Telefax (03946) 708907
bauernbund@t-online.de
Bereich Anhalt / Süd: Tobias Theile, Dorfstr. 70a, 06632 Branderoda, (01573) 8734103
theile@bauernbund.de
Bereich Harz / Börde: Jeannette Bruchmüller, Siedlung 8; 39317 Elbe-Parey
Altmark Telefon/Telefax (039349) 94 44 74
bruchmueller@bauernbund.de

Bauernbund Sachsen

Präsident: Bernd Roder, Wildenfels OT Härtensdorf, Telefon (037603) 2618
Geschäftsstelle: Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg
Telefon (03946) 708906, Telefax (03946) 708907
DBB-Sachsen@t-online.de

Bauernbund Thüringen

Präsident: Eckart Weirich, Zottelstedt, Telefon (03644) 559010
Geschäftsstelle: Mühlenhof; 99510 Zottelstedt

Landvolk Oberlausitz

Vorsitzender: Udo Kretschmer; 02899 Schönau-Berzdorf an der Eigen, Hauptstr. 4

Heimatverdrängtes Landvolk - Bauernverband der Vertriebenen

Präsidentin: Elisabeth Salomon; Rittergut Orpensdorf
39606 Hansestadt Osterburg OT Orpensdorf
Vizepräsident Dr. Arwed Blomeyer

Deutscher Bauernbund, Landesverband Brandenburg i.G.

Präsidentin Frau Ilka Reimann
Lindenstr. 3
03096 Guhrow

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bauernbund e. V., Adelheidstraße 1, 06484 Quedlinburg Redaktion: Deutscher Bauernbund e. V. Für die Landesteile zeichnen sich die Landesverbände verantwortlich. Trotz sorgfältiger Recherche kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden.

Auf ein Wort

von Martin Dippe

Tausende Landwirte fordern respektvollen Umgang

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

als Anfang Oktober die Bewegung „Land schafft Verbindung“ aus einer Facebook-Gruppe heraus entstand, hätte niemand im Entferntesten damit gerechnet, dass sich am 26.11.19 tausende Landwirte mit ihren Traktoren auf den Weg nach Berlin machen. Diese Bewegung gehört keinem Verband oder keiner Organisation an, weshalb sie wahrscheinlich auch so schnell gewachsen ist und etwas Großartiges für unseren Berufsstand bewegt hat.

Welche Beweggründe hatten die vielen, zum Großteil jungen Landwirte?

Die Landwirte sind es leid, immer für alles in der Gesellschaft verantwortlich gemacht zu werden. Um nur ein paar Dinge zu nennen: Klimawandel, CO₂ Ausstoß, nitratverseuchtes Grundwasser, Insektensterben.

Gerade für die jungen Landwirte stellt sich die Frage, wie die Zukunft ihrer Betriebe aussehen wird. Ist es noch möglich unter den neuen Vorschriften und Verordnungen einen Landwirtschaftsbetrieb erfolgreich zu führen? Selbst der permanente negative mediale Druck, der immer wieder auf die Stimmung unseres Berufstandes drückt, macht das alles nicht einfacher. Ein Stalleinbruch von Tierschützern wird nicht mehr als Straftat geahndet, sondern von Teilen der Gesellschaft als Heldentat gefeiert. Auch Kinder aus Landwirtsfamilien bekommen vermehrt den gesellschaftlichen Konflikt zu spüren.

Das alles scheint sich seit Beginn der Demonstrationen, gerade nach der historischen Demo am 26.11.19 in Berlin, in Deutschland langsam zu ändern.

Weitere Demos in den letzten Monaten zur Übersicht:

- Bundesweite Demos in vielen Landeshauptstädten am 22.10.19
- Demo zur Umweltministerkonferenz am 14.11.19 in Hamburg

In Sachsen-Anhalt hat sich mittlerweile eine Interessengemeinschaft „Land schafft Verbindung“ gegründet, die sich seit Mitte Oktober fast wöchentlich in Westeregeln trifft.

Folgende Forderungen hat „Land schafft Verbindung“ IG Sachsen-Anhalt:

1. VERBRAUCHERSCHUTZ

- a Internationale Handelsabkommen nicht zu Lasten der heimischen Landwirtschaft
- b MERCOSUR- Handelsabkommen sofort STOPPEN
- c Import von Lebensmitteln (auch aus EU- Ländern), nur wenn diese EU-RICHTLINEN erfüllen
- d sofortige und deutliche Kennzeichnung von Lebensmitteln, die EU-RICHTLINEN nicht erfüllen, damit Verbraucher selbst entscheiden kann, was auf den Tisch kommt
- e Tierwohl muss im Preis enthalten sein

2. DÜNGEVERORDNUNG

- a Offenlegung aller Eintragsquellen, die das Grundwasser belasten
- b Verordnung und Gesetze nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, gemeinsam mit den Landwirten erarbeiten
- c Novellierung der „Roten Gebiete“ durch neue Messungen und ggf. zusätzliche Meßstellen

d Verschiebung der „Erweiterungspflicht“ zu den Lagerfristen in der Tierproduktion für Gülle und Gärrest von 6 auf 9 Monate, um 5 Jahre

3. AGRARPAKET

- a Sofortiger Stopp des Agrarpaketes und ergebnisorientierte Neuverhandlung mit den Beteiligten
- b Insektenschutz ja, wenn für alle EU Staaten gleichermaßen umzusetzen (Neonics), Neuverhandlung und Vereinfachung
- c voller finanzieller Ausgleich für Umsetzung aller Maßnahmen, keine stille Enteignung
- d keine weitere Bereitstellung von Flächen ohne Entschädigung

4. FACHKRÄFTE IN POLITIK UND ÄMTERN

- a Stärkung vorhandener Fachkräfte und Neubesetzung mit landwirtschaftlichen Fachkräften
- b „Sachkundenachweis“ für Politiker

5. TIERHALTUNG

- a Bestandsschutz für tierwohlgerechte Neu-, Aus- und Umbauten erweitern
- b vorrangige Berücksichtigung von Tierwohlmaßnahmen bei der Novellierung der TA-Luft und der Umsetzung von NERC- u. NEC-Richtlinie
- c Eiweißfutter aus Europa stärken
- d Stalleinbrüche als Hausfriedensbruch bewerten

6. PFLANZENSCHUTZ

- a keine weiteren pauschalen Einschränkungen von Pflanzenschutzmitteln ohne wissenschaftliche Analysen
- b EU-weit einheitliche Regelungen / keine Benachteiligung der heimischen Landwirtschaft gegenüber anderen EU-Ländern

7. BÜROKRATIE

- a keine weiteren „Bürokratischen Monster“ und nachhaltiger Abbau der vorhandenen
- b Bündelung des Zertifizierungswesens
- c verlässliche Planungs- und Rechtssicherheit für langfristige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Betriebe
- d Wiedereinbeziehung unserer Branche und ihrer Verbände in die Politikgestaltung

8. GESELLSCHAFT

- a sachliche und fachliche korrekte Darstellung unserer Arbeit – Beendigung des „Bauernbashing“
- b Einbeziehung unserer Praktiker, Fachleute und Verbände in die Kommunikation
- c Stärkung von Wissenschaftlichkeit und Fachlichkeit

9. KLIMASCHUTZ

- a Reduzierung des Flächenverbrauches von 70ha/Tag in Deutschland und der dauerhaften Versiegelung
- b Veröffentlichung auch von Spezies (Vögel, Wildsäugetieren) die zugenommen haben, einschließlich der dadurch entstehenden Probleme im Ökosystem

Der Bauernbund unterstützt „Land schafft Verbindung“ und möchte zusammen mit der Bewegung versuchen, wieder einen Dialog zwischen der Landwirtschaft, der Gesellschaft sowie der Politik zu führen. Gemeinsam mit dem Zusammenhalt und der Geschlossenheit kann unser Berufsstand wieder etwas erreichen - diese Chance müssen wir nutzen!

Jetzt wünschen wir uns erstmal ein gesegnetes Weihnachtsfest und etwas Erholung nach den Aufregungen der letzten Wochen, Ihr Martin Dippe

Aus der Verbandsarbeit

Deutscher Bauernbund e.V.

PM: DBB stellt Notwendigkeit einer Agrarwende infrage Landwirtschaftsdialog im Kanzleramt am 02.12.2019

Bei dem heutigen Landwirtschaftsdialog, der auf Einladung der Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt stattfindet, werden die Vertreter des Deutschen Bauernbundes, Herr Martin Dippe und Herr Frank Böcker, die über weite Teile unberechtigten Anwürfe gegen die Landwirtschaft in unserem Land entschieden zurückweisen.

Die Bauern bezweifeln die Notwendigkeit einer Agrarwende, weil das realistische Sein in der Landwirtschaft sich ganz anders darstellt, als die polemisch ideologische Verlautbarung fast aller Parteien und die mediale Wiedergabe der Journalisten.

Die Teilnehmer des Deutschen Bauernbundes werden zu den folgenden drei Schwerpunkten gegenüber Bundeskanzlerin und Bundesministerin Stellung beziehen und die Forderungen des Deutschen Bauernbundes als Berufsvertretung in den neuen Ländern darlegen:

Keine Kürzung der Agrarsubventionen und Beibehaltung des EU-Agrarbudgets

- Es ist Beweis für eine suboptimale Agrarpolitik, wenn das ordentliche Einkommen der Betriebe unter der Höhe der Direktzahlungen liegt (inklusive Greening), d.h. der Verkaufserlös landwirtschaftlicher Produkte plus aller Subventionen, abzüglich der Kosten, geringer ist als der Subventionsanteil. Somit hätte eine Absenkung der Direktzahlungen bzw. die Reduzierung des Agrarbudgets auf EU-Ebene nicht zu kalkulierende Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion in Europa.
- Im Vergleich der Wirtschaftsjahre 2007/2008 zu 2014/15 ist die Grundrente

um ca. 40 % zurückgegangen. Nach Durchschnittszahlen aus Deutschland ist das Einkommen in den letzten zwei Wirtschaftsjahren um 25 % gesunken. In den neuen Ländern dürfte der Gewinneinbruch noch größer sein, weil die Auswirkungen der Dürre 2018 und 2019 hier wesentlich größere Folgen hatte.

- Da die deutsche und europäische Landwirtschaft nach wie vor mit den Folgen der Embargopolitik und den damit einhergehenden Absatzmärkte-Verlust zu kämpfen hat, kam es trotz der Missernten zu keiner Steigerung der Erzeugerpreise.

Gesetzliche Regelung auf dem Bodenmarkt

Weiterer Schwerpunkt ist der völlig unhaltbare Zustand auf dem Bodenmarkt. Hauptsächlich wegen Fehler in der Agrarpolitik in der Vergangenheit werden heute große Betriebe und Betriebsteile über Share-Deals gehandelt. Das führt zwangsläufig zu agrarstrukturellen Verwerfungen, zumindest aber zu extremen Wettbewerbsverzerrungen zu den einzelbäuerlichen Betrieben.

Durch die ständige Zufuhr von Fremdkapital in die Betriebe wird künstlich am Leben gehalten, was unter normalen wirtschaftlichen Bedingungen nicht existenzfähig war.

Es handelt sich auch nicht um Investoren, sondern um Kapitalanleger, die aus Angst vor den Folgen der EU-Finanzpolitik ihre Kapitalien in Sachwerte anlegen wollen.

Die Höhe dieser gehandelten Share-Deals ist gesetzlich deutlich zu begrenzen und steuerliche Anreize (Grunderwerbssteuerbefreiung) müssen abgeschafft werden.

Sicherstellung sachlicher Datengrundlagen

Der gesamte analytische Komplex und die Datengrundlage bei der Umsetzung der Dünge-VO sind infrage zu stellen.

Wenn nur ca. 15 % der Kontroll-Schächte für die Wasserqualität auf landwirtschaftlicher Fläche stehen, dann heißt das im Klartext, dass 85 % der Kontrollen Einträge messen,

die bestenfalls bedingt durch die Landwirtschaft mitverursacht sein können.

Das gesamte Kontrollnetz muss öffentlich zugänglich werden und auf seinen Standort einer wissenschaftlichen Prüfung standhalten. Wenn man wirklich Interesse an der Höhe der Einträge aus der Landwirtschaft hätte, dann müssen die gemessenen Einträge aus den Meliorationsgräben die Grundlage sein.

Landwirtschaftsdialog mit Frau Merkel und Frau Klöckner

Vom Deutschen Bauernbund haben Herr Martin Dippe und Herr Frank Böcker am Agrargipfel im Kanzleramt teilgenommen. Beide sind gleichzeitig aktiv in der Interessengemeinschaft „Land schafft Verbindung“ Sachsen-Anhalt.

Sympathie und Unterstützung für diese Verbindung haben auch viele unserer Mitgliedsbetriebe durch ihre Teilnahme an den Demonstrationen der letzten Wochen gezeigt. Ohne das Engagement der Interessengemeinschaft wäre der gestrige Termin vermutlich nicht zustande gekommen – deshalb gebührt den Initiatoren an dieser Stelle auch unser Dank.

Im Ergebnis hat die Bundeskanzlerin weitere Gesprächszusagen gegeben. In naher Zukunft werden Gespräche stattfinden, wobei neben „Land schafft Verbindung“ auch die Berufsverbände gefordert sind.

Wir werden uns aktiv am Dialog beteiligen. Sollten Sie Anregungen und Vorschläge haben, können Sie uns diese gern zukommen lassen. (bauernbund@t-online.de)



Mit Bundeskanzlerin und Bundesministerin:
links: Herr Dirk Andresen, Sebastian Dickow
rechts: Frank Böcker, Martin Dippe

Demo Berlin

am 26. November 2019

Aus berechtigtem Ärger über die Agrarpolitik der Bundesregierung waren tausende Bauern und Bäuerinnen aus ganz Deutschland dem Aufruf zur Großdemonstration am Brandenburger Tor gefolgt.

Es waren ca. 8.000 Traktoren und wohl mind. 20.000 Demonstranten vor Ort. Eine wahnsinnige Beteiligung. Viele der Fahrer hatten weite Strecken zurückgelegt, um daran teilnehmen zu können.



Vor dem Brandenburger Tor sprachen Redner aus den beteiligten Bundesländern, zum Auftakt einer unglaublichen Solidarität unter der Bauernschaft. Man sieht also, dass Landwirte etwas bewegen können, wenn sie denn zusammenhalten.

Umweltministerin Svenja Schulze bekam den Ärger der Demonstranten deutlich zu spüren. Während Schulze sprach, drehten ihr die Demonstranten demonstrativ den Rücken zu und strafte sie mit eisigem Schweigen. Bereits vor dem Auftritt hatte ein Redner ihren Rücktritt gefordert. "Wir stehen mit dem Rücken zur Wand und wir haben die Schnauze voll von dieser ideologischen Politik", rief jemand Schulze zu. Sie verwies darauf, dass jeder und jede Deutsche 114 Euro pro Jahr für die gemeinsame Agrarpolitik der EU zahle, über die die Landwirtschaft subventioniert werde.



Das brachte für die Beteiligten das Fass zum überlaufen. Unter lauten „Buhrufen“ und Trillerpfeifen- und Sireneneinsatz verließ sie fluchtartig die Bühne.

Die FDP forderte, das Agrarpaket auf Eis zu legen.

FDP-Agrarexperte Gero Hocker warf Klöckner einen „Ausverkauf der Landwirtschaft in Deutschland“ vor.

Die Politik bei Tierwohl, Insektenschutz und Düngeverordnung führe zur Verlagerung der Produktion ins Ausland.

„Tieren, Insekten und Grundwasser wird damit ein Bärendienst erwiesen.“

Karlheinz Busen (FDP) mahnte, auf das „Signal der Überforderung“ zu hören.

Um ein Höfesterben zu verhindern, müsse die Politik „beim Erlass neuer Gesetze einfach einmal für ein paar Jahre die Füße stillhalten“.

Zum Ende der Demo stellte sich Agrarministerin [Julia Klöckner](#) (CDU) den Landwirten. Auch sie bekam den Unmut der Demonstranten zu spüren.

„Haben Sie schon mal eine Mistgabel in der Hand gehabt?“, brüllte einer aus der Menge.

Klöckner wehrte auch andere Zwischenrufe ab. Die Bauern wollten keine pauschalen Urteile, das gelte aber auch umgekehrt.

In der Sache verteidigte sie die geplanten Neuregelungen und bot mehr Beteiligung der Landwirte an. Beim Insektenschutz solle jede Maßnahme mit ihnen besprochen werden.

Wo zu viel Nitrat im Grundwasser gemessen werde, „da müssen wir reagieren“, sagte sie mit Blick auf neue Düngeregeln.

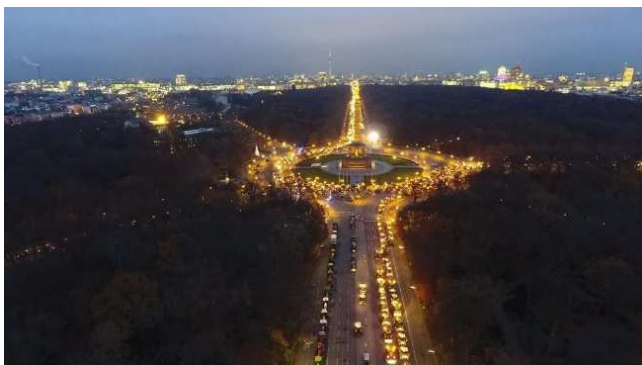
Klöckner beklagte auch Erwartungen an mehr Umwelt- und Tierschutz, während es in Supermärkten Billigpreise für Fleisch und Wurst gebe. Es sei unanständig, so etwas anzubieten - aber auch, so etwas zu kaufen.



Insgesamt blieb sie mehr als eine Stunde und kündigte an:

Am **Montag den 02. Dezember 2019** will sich Kanzlerin [Angela Merkel](#) (CDU) mit 40 Landwirtschaftsorganisationen zu einem Agrargipfel treffen.

Ob da etwas unterm Strich bei herauskommt, wage ich zu bezweifeln.



Auf jeden Fall ist die Demo in Berlin, wie auch schon die vorherigen Demos, als Zeichen zu sehen. Auch in Frankreich gab es, nach Berlin, eine Sternfahrt auf Paris zu.

Wer jetzt nicht erkennt, dass die Landwirtschaft in Bewegung ist, dem ist nicht mehr zu helfen.

Die Proteste der Gelbwesten in Frankreich haben gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn Verordnungen und Beschlüsse ohne Beteiligung der Betroffenen erlassen werden.

Für ein gemeinsames Agrarpaket müssen ALLE in dasselbe Boot einsteigen. Der Schutz von Flora und Fauna ist nicht die alleinige Aufgabe der Landwirtschaft.

- Wo bleiben Industrie und Handel bei diesem Paket?
- Warum werden landwirtschaftliche Produkte aus Mercosur-Staaten angeboten, obwohl dafür Regenwälder abgeholzt werden?
- Warum gelten nicht unsere Standards für die landwirtschaftliche Produktion in den Mercosur-Staaten?
- Wieso wird bei E- und A-Maßnahmen auf landwirtschaftliche Fläche zugegriffen, obwohl es immer noch genug Industriebrachen gibt?

Viele Fragen, auf die wir Antworten wollen.

Ob die Demo etwas gebracht hat? Im ersten Ansatz bestimmt. Die Politik hat sich bereit erklärt, in einen Dialog mit der Bauernschaft zu treten. Welche Ergebnisse er bringt, wird sich zeigen.

Wie schon Adenauer sagte:

„Man sollte sich vor nichts so fürchten, wie wenn Bauern an einem Strang ziehen.“

*Jeannette
Bruchmüller*



„Zigtausende Bauern haben etliche Großstädte lahmgelegt. Denn ihre Lage wird immer verzweifelter“, so Präsident Klamroth, auch wegen der wachsenden Öko-Ideologie

Interview in der Jungen Freiheit am 01.11.2019

Herr Klamroth, lange haben die Bauern nicht mehr demonstriert. Warum jetzt wieder nach so langer Zeit?

Kurt-Henning Klamroth: Was viele Bürger nicht mitbekommen haben ist, daß der Protest nicht von uns, den Bauernverbänden, organisiert wurde, sondern ein Aufstehen der Basis ist! Ich finde das gut und natürlich haben wir es unterstützt. Denn das zeigt, wie groß Verzweiflung und Wut bei vielen Bauernfamilien inzwischen ist. Als sich allein in Bonn 2.000 Schlepper auf den Weg zum Bundeslandwirtschaftsministerium gemacht haben und mit weiteren 13.000 Traktoren in anderen deutschen Städten demonstriert wurde, habe ich gedacht: Hoffentlich dreht keiner unserer Bauern durch!

Warum denn das?

Klamroth: Zum Einen weil die wirtschaftliche Lage vieler Höfe „Dank“ einer geradezu perversen Agrarpolitik inzwischen außerordentlich prekär ist. Zum anderen wegen der permanenten Anfeindungen, die wir seitens Politik, Medien, Umweltverbänden und eines Teils der Gesellschaft erdulden müssen. Das hat Ausmaße angenommen, die nicht mehr erträglich sind!

Übertreiben Sie nicht? Es gibt auch viel Verständnis in Medien und Öffentlichkeit.

Klamroth: Was ich auch gar nicht leugne, aber viel häufiger sind unfachliche Diffamierungen: Der Bauer als Buhmann – verantwortlich für Tierleid, Insektensterben, Chemie im Essen, Grundwasserverschmutzung und dank Klein-Greta jetzt auch noch für die Klimaerwärmung. Die Folgen spüren wir im Alltag: es reicht von blöden Sprüchen, wenn man in die Kneipe kommt über wüsteste Beschimpfungen bei der Feldarbeit durch Passanten, die uns „Umweltvergifter“, „Tierquäler“, gar „Nazis“ nennen – bis hin mitunter zum Mobbing von Bauern-Kinder in der Schule. Das Maß ist voll!

Aber Tierleid, Insektensterben, Grundwasserverschmutzung etc. sind doch Fakt.

Klamroth: Natürlich applizieren wir nach Erreichen von Schadschwellen Insektizide gegen

Ungeziefer, also gegen die Ernte massiv bedrohende Schadinsekten. Im Übrigen tut das jeder Bürger zu Hause, wahrscheinlich viel intensiver, wenn er gegen lästige Fliegen sprüht - und der macht garantiert keine vorherigen Schadschwellenanalysen. Jede Ausbringung von organischem oder anorganischem Dünger, der nicht zu 100% in der aktuellen Vegetationsperiode von den Pflanzen verbraucht wird, bleibt natürlich erst einmal als positiver Saldo im Boden, d.h. aber noch lange nicht, daß das ins Grundwasser geht. Die Frachten zum Grundwasser dauern 40 Jahre, d.h. in den lokal sehr begrenzten Gebieten mit Stickstoffüberschuss diskutieren wir über Altlasten bzw. über Hinterlassenschaften der DDR-Ära. Bauern sind fachlich viel weiter und düngen umweltbewusster als das diese Argumentationsschiene von links-grünen Ideologen mißbraucht werden dürfte. Es werden schlagbezogene Analysen gemacht und mittels komplizierter, den Rahmen dieses Interviews bei weitem übersteigenden Berechnungsmodellen, erfolgt die Düngemittelausbringung. Wenn man wirklich wissen wollte, wie hoch der Verursachungsanteil der Landwirtschaft ist, dann sollte man Wasser aus den Drainagen zu den Auffanggräben beproben. Ich habe dieses Wasser vor laufender Kamera getrunken und erfreue mich bester Gesundheit. Übrigens trotz, oder besser wegen, des Einsatzes von Chemie ist die Menge und die Qualität der Nahrungsmittel heute viel höher als davor, als diese oft noch von Krankheitserregern befallen oder von Schädlingen vernichtet wurden. Unsere Bevölkerung wird immer älter und das ist doch wohl vor allem auch auf eine gesunde Ernährung zurückzuführen. Doch all das bleibt in den Medien gern unerwähnt, wo wir lieber als Verursacher von Problemen dargestellt werden – die in Wahrheit ja die moderne Massengesellschaft selbst verursacht.

Woher rührt die verzerrte Wahrnehmung?

Klamroth: Ich meine von einer immer massiver werdenden unfachlichen Öko-Ideologie, getragen vom Zeitgeist, vielen Medien, von fast allen Parteien, insbesondere von den Grünen, und immer aggressiveren Umwelt-Lobbyverbänden, die inzwischen solchen Einfluß auf die Politik haben, daß diese deren Forderungen oft folgt, ohne sie zu hinterfragen. Und so werden immer häufiger Maßnahmen ergriffen, und dafür Steuergeld verschwendet, die der Umwelt gar nichts bringen, wenn nicht gar schaden, den Bauern aber das Überleben immer schwerer, wenn nicht unmöglich machen.

Aber die Politik machen weder Grüne noch Lobbyverbände, sondern die Bundesregierung unter Führung der Union.

Klamroth: Das stimmt. Ich habe immer davor gewarnt, dass die CDU/CSU immer mehr Richtung rot-grün rückt, um zu verhindern, daß linker ideologischer Unsinn in die Mitte der Gesellschaft vordringt. Wenn eine bürgerliche Partei sich in dieser Richtung verankern will, dann kann sie keine zukunfts feste Wirtschaftspolitik aufbauen. Das halte ich für unseren Standort Deutschland für sehr gefährlich!

Sie sind doch selbst CDU-Mitglied.

Klamroth: Sogar seit über dreißig Jahren – und wie sehr ich jahrzehntelang für die Union gekämpft habe! Um so bitterer ist es, heute erleben zu müssen, wie meine Partei in Teilen Agrarpolitik unter ideologischen Vorzeichen ausgerechnet der Grünen macht! Und wie sich deshalb immer mehr Bauern von ihr abwenden.

Wohin?

Klamroth: Immer mehr zur AfD. Wir beobachten, daß inzwischen selbst gute Leute, die sich mit der Materie auskennen, bei der AfD anheuern, und dort Agrarpolitik machen. Bei den Landtagswahlen 2016 in Sachsen-Anhalt haben schon 22 % der Bauern AfD gewählt, 2019 in Sachsen waren es schon 34 %, hauptsächlich zulasten der CDU. Aber nicht nur das, im Grunde geht es uns Bauern wie den Dieselfahrern oder jenen Eigenheimbesitzern, die „klimagerecht“ renovieren müssen. Wir werden traktiert und so mancher ruiniert, nicht um Umwelt- und Naturschutz, sondern um eine Ideologie durchzusetzen – die oft bar jeder Vernunft und Wissenschaftlichkeit längst zum machtpolitischen Selbstzweck geworden ist.

Wir kämpfen also nicht nur für unsere Höfe und unseren Stand, sondern gegen eine Ideologie, die die ganze Gesellschaft im Visier hat und die nicht haltmachen wird, sollte es ihr eines Tages gelungen sein, die deutschen Bauern ruiniert zu haben.

Sie sind also enttäuscht von der CDU?

Klamroth: Nein, das ist das falsche Wort. Ich bin verärgert, darüber, daß wertvolle wertkonservative Grundsätze und eine treue, immerhin noch zu 75 Prozent konfessionell christlich gebundene Wählerschaft, zugunsten des Zeitgeists aufgegeben werden. Die übergroße Mehrheit der Bauern betreibt eine leistungsfähige Landwirtschaft, die sich auf die Generationsverantwortung und den Schöpfungsgedanken bezieht. Der Liebe Gott hat uns als "Fleischfresser" auf die Welt geschickt, aber solange wir mit der Natur und den Tieren leben, wird damit anständig umgegangen. Dafür brauche ich aber ganz bestimmt keine Nachhilfe irgendwelcher durchgeknallter Grüner! Und Kurt Klamroth setzt auch keine Mittelchen ein, die die Umwelt vergiften, schon allein deshalb, weil ich damit die Existenz meines Sohnes, der zum Glück den Hof übernimmt, und damit auch Tradition und Erbe, zerstören würde. Für unsere Familie läßt sich die Zugehörigkeit zum Bauernstand bis ins Jahr 1632 dokumentieren. Sie müssen bedenken, unser Stand denkt in Generationen! Und oft ist nichts wichtiger, als daß der Hof eines Tages von den Kindern weitergeführt wird. Und zum Schlimmsten gehört, wenn diese Dir sagen, daß sie das nicht tun werden, weil die Landwirtschaft wegen der Agrarpolitik nur noch sehr viel Arbeit und Sorgen, aber keine Sicherheit mehr bringt und man sich obendrein in der Gesellschaft ständig rechtfertigen und beschimpfen lassen muß.

Auch wenn es unzulässig ist die Bauern nur als Verursacher von Umweltproblemen zu sehen, sind durch sie verursachte Belastungen der Natur vorhanden. Ein gewisses Reglement – jenseits von Ideologie – müssen Sie also doch akzeptieren, um Landwirtschaft ökologischer zu machen.

Klamroth: Dagegen ist nichts einzuwenden und das ist im Übrigen auch keine Erfindung des neuen Zeitgeistes. Denn spätestens seit "Hardenberg" und "Stein" um 1810 und seit Thünen 1826 sind vernünftige Reglementierungen Gegenstand der landwirtschaftlichen Pro-

duktion. Werden Insektizide ordnungsgemäß eingesetzt, kann es zu keinem Bienensterben kommen. Aber für solche Details interessiert man sich nicht. Viel einfacher ist es, uns das Bienensterben in die Schuhe zu schieben, dann Maßnahmen zu erlassen, die uns kujonieren, den Bienen nichts bringen, aber den Eindruck erwecken, die Politik tue etwas. So läuft das!

Sie wollen behaupten, es gäbe nichts zu verbessern?

Klamroth: Nein, aber das müssen bitte sinnvolle wissenschaftlich begründete Vorschläge sein. Zum Beispiel die teilflächenspezifische Applikation von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist heute, dank modernster Prozesssteuerung an der Optimierungsgrenze. In vielen Gesprächen habe ich, oft auch mit Zorn, zur Kenntnis nehmen müssen, dass eine ganze Reihe von Akteuren zwar "quatschen", aber keine Ahnung haben. Was kümmern die die Fakten, solange dass, was sie machen ins einschlägige politische Meinungsbild passt, und wenn eben die eine oder andere Messstelle sich nicht eignet, dann verlagern wir den Messpunkt an einen anderen "Hotspot".

Die Lage der Bauern ist allerdings nicht nur Folge grassierender Öko-Ideologie

Klamroth: Ja, das stimmt. Aber wenn ich diesen Faktor anteilmäßig einschätzen sollte – ich würde sagen, er macht etwa sechzig Prozent, also immerhin über die Hälfte, unserer Problemlage aus.

Sie klagen über Ökoverordnungen unter denen den Bauern die „Luft zum Atmen“, zum ökonomischen Überleben, genommen werde. Aber tatsächlich klagen sie über so wirkende Regulierungen schon seit Jahrzehnten – lange bevor CDU/CSU auf den „grünen“ Zeitgeist eingeschwenkt sind.

Klamroth: Auch das stimmt – allerdings war es von der damaligen bürokratischen Überregulierung zur heutigen ökoideologischen ein erheblicher quantitativer wie qualitativer Sprung! Und auch wenn es nie gemacht wurde, damals hat uns jede Partei versprochen: Wählt uns, wir

bauen die Bürokratie ab! Heute werben sie dagegen um Stimmen mit dem Versprechen immer mehr grüner Regulierung! Dennoch haben Sie recht, daß nicht alles Unheil aus dieser Richtung kommt. Ich habe beklagt, die Politik plage uns mit Öko-Regelungen, ohne zu wissen, wie die Situation wirklich ist. Und in der Tat findet sich das Problem auch unabhängig von Öko-Themen. So behauptet die Politik unverdrossen, eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft habe 36.000 Euro durchschnittliches Jahreseinkommen – da bleibt mir die Spucke weg! Seit Jahren laufen wir gegen diese Phantasiebeispielrechnung Sturm – ohne Erfolg. Aber wie will die Politik verantwortungsbewußte Agrarpolitik machen, wenn sie die Lage der Bauern falsch ein- und überschätzt? Ein Bauer finanziert zum Beispiel die Kredite für den Grunderwerb aus dem versteuerten Einkommen, daß heißt er zahlt erst Einkommenssteuer, und aus dem seiner Familie zur Verfügung stehenden Betrag muss er seinen Ackerkauf tilgen.

Was werden die Proteste bewirken?

Klamroth: Sie haben erst einmal eine große Aufmerksamkeit geschaffen, aber das politische Leben ist natürlich viel komplizierter. Es ist wichtig, dass die eigentliche Agrarpolitik mit den legitimierten Berufsständen gemacht wird, und der hohe Sachverstand der berufsständigen Organisationen wieder seinen Einzug in die agrarpolitischen Aktivitäten und Entscheidungen des Bundes und der Länder findet. In vielen Betrieben ist es lange nach 12 und wenn wir uns nicht sofort und gründlich auf unsere konservativen Werte rückbesinnen, gehen nicht nur Strukturen und Traditionen auf den Bauernhöfen verloren, sondern der gesamte ländliche Raum wird ernststen irreversiblen Schaden davon tragen. Ich ärgere mich schon jetzt über den immer gleichen Gesichtsausdruck der abgewählten Politiker oder über den angstvollen Kommentar: "Jetzt haben wir verstanden!" Das ist dümmlich und überbezahlt.

ENDE / VIELEN DANK

Verbandesgespräch zu aktuellen Themen der internationalen Handelspolitik am 22.11.2019 im BMEL

Teilnahme: Martin Dippe und Frank Böcker

MERCOSUR: unangenehmer Kompromiss für die Landwirtschaft

Ein paar grundsätzliche Aussagen vom BMEL zum Mercosur-Abkommen:

- Es ist ein stabiles Handelsabkommen
- Abkommen bieten Chancen, dürfen allerdings die Wirtschaftlichkeit der einheimischen Betriebe nicht verschlechtern
- Exportinteressen stehen im Vordergrund
- Tragen unsere gemeinsamen Werte in die Welt
- Der Agrarbereich soll eine besondere Rolle spielen

Das ist doch alles ein Widerspruch!!!!

Der Rindfleisch-, Geflügel-, Raps- und Zuckermarkt werden die Auswirkungen vom Abkommen als erstes zu spüren bekommen. So spricht man davon, dass zwar nur 1 % des Europäischen Zuckerbedarfs importiert werden soll, wiederum aber auch 10 % des EU-Ethanol Bedarfes. So können über den Umweg Ethanol, bis zu 1,5 Mio. Tonnen Ethanol in die EU gelangen. Das wird den Zuckerrüben- und Rapsanbau in Deutschland noch weiter schwächen. Es wird auch immer wieder betont, dass EU-Standards von importierten Agrarprodukten eingehalten werden

müssen. Die Produktions- oder Haltungsbedingungen werden aber nicht weiter betrachtet und haben somit keine Bedeutung. Genau das sind die Detailfragen, da es selbst in der EU schon unterschiedliche Produktionsbedingungen zwischen den Mitgliedsstaaten gibt. Nachhaltigkeit und Arbeitsstandards haben auch eine große Bedeutung, damit der Verbraucherschutz gewährleistet wird. Auch hier wird es schwierig, den deutschen Standards zu entsprechen. Das Pariser Klimaschutzabkommen ist ebenfalls stark verankert in dem MERCOSUR - Abkommen. Da möchte ich nur zwei Dinge erwähnen:

- Die Politik akzeptiert den Import von Lebensmitteln, deren Anbau den Regenwald zerstört.
- Die langen Transportwege sind alles andere als CO2 freundlich – Klimakiller.

Im Großen und Ganzen wird es bei so einem Abkommen Verlierer und Gewinner geben. Sollten wir es nicht schaffen das Abkommen zu verhindern, wird der Agrarsektor als Verlierer aus dem Abkommen hervor gehen und für andere Industriezweige geopfert.



v.l.: B. Tonkens, F. Böcker, M. Dippe, L. Köchel, H. Beckurs

Fachgespräch: Eigentum schützen, Rechtssicherheit schaffen – Landwirtschaft ist Mittelstand am 13.11.2019 in der CDU/CSU-Fraktion

Eine kleine Gruppe der Interessengemeinschaft „Land schafft Verbindung aus Sachsen-Anhalt“ hat an dem Fachgespräch teilgenommen und das vorläufige Forderungspapier übergeben.

Außerdem gab es ein Gespräch mit Staatssekretär Fuchtel des BMEL.

Besuch des neuen Bischofes der EKM Herr Friedrich Kramer auf Hof Klamroth in Westerhausen

Zu einem ersten Besuch konnten wir am 10.10.2019 den neuen Bischof der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands (EKM), Herrn Friedrich Kramer auf dem Hof von Präsident Klamroth in Westerhausen begrüßen.

An dem Gespräch nahmen neben Familie Klamroth ebenso der Präsident des Bauernbundes Thüringen, Herr Eckart Weirich, GF Valverde und die Beauftragte der Evang. Kirche für den ländlichen Raum, Frau Siegrun Höhne teil.



v.l.: Christoph Klamroth, S. Höhne, Christiane Klamroth, Präsident Klamroth, GF A. Valverde, Bischof F. Kramer, Vizep. Weirich

Präsident Klamroth erläuterte dem Bischof zunächst die Bedeutung der Landwirtschaft für die Entwicklung der ländlichen Räume und insbesondere die Rolle der Bauernhöfe und ihrer Familien in Bezug auf ein lebendiges Gemeindeleben.

Hauptschwerpunkt waren die Kirchenlandverpachtung und hier insbesondere die Überarbeitung der Preisfindungsklausel.

Mit Freude haben wir hauptsächlich bei der Hofbesichtigung (Kuhstall und Direktvermarktung) zur Kenntnis genommen, dass dem Bischof die landwirtschaftlichen Grundlagen durchaus vertraut sind und das Gespräch somit zeitweise zu einem Fachgespräch geführt werden konnte.

Wir wünschten Bischof Kramer viel Kraft und Gottes Segen für sein hohes Amt.



Im Hofladen von Emmi Klamroth

DBB - Landesverband Brandenburg e.V.

Neue Präsidentin im Landesverband Brandenburg

Der Landesverband Brandenburg hat auf seiner letzten Sitzung eine neue Präsidentin gewählt, sie wird sich im nachfolgenden kurz vorstellen.

Wir beglückwünschen Frau Reimann herzlich zu ihrer neuen Funktion und freuen uns, dass eine so junge Frau jetzt an der Spitze unseres Mitgliedsverbandes steht. Wir wünschen ihr für die zusätzliche Aufgabe viel Kraft.

Wir bedanken uns auch herzlich bei Hugo Melde, der als Mitbegründer des 2017 gegründeten neuen Verbandes die Arbeit wesentlich mit angeschoben und geleitet hat.

Sicherlich wird er Frau Reimann zu Beginn unterstützen und sich weiterhin in die Verbandsarbeit einbringen.

Somit setzt sich der Vorstand folgendermaßen zusammen:

Präsidentin	Frau Ilka Reimann
1. Stellvertreter	Herr Christof Niendorf
2. Stellvertreter	Herr Carlo Horn
3. Stellvertreter	Herr Heiko Stengel

Liebe Landwirtinnen und Landwirte Brandenburgs,

heute stelle ich mich als neue Präsidentin des „Deutschen Bauernbund Landesverband Brandenburg“ als Nachfolgerin von Hugo Melde vor.

Ich bin 1983 in Berlin geboren und am südlichen Stadtrand als „ganz normales Stadtkind“ aufgewachsen. Den einzigen Bezug, den ich vielleicht zur Landwirtschaft hatte, war ein eigenes Pferd.

Nach dem Abitur habe ich mich dazu entschieden, Agrarwissenschaften zu studieren, vorerst für einen Quereinstieg in die Tiermedizin. Nachdem ich meinen Bachelor-Abschluss in Agrarwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin absolviert hatte, war für mich jedoch klar, dass ich in dieser Branche bleiben möchte.

Es folgte im Anschluss der Master Studiengang in Prozess & Qualitätsmanagement, mit der Profilrichtung Nutztierwissenschaften.

Um auch in der Praxis fit zu werden und mein theoretisch Erworbenes anzuwenden, habe ich nach der Uni beschlossen, erstmal in die prak-

tische Landwirtschaft zu gehen und war anderthalb Jahre Angestellte in einem landwirtschaftlichen Betrieb, südlich von Berlin.

Aus privaten Gründen hat es mich 2017 nach Bayern verschlagen, wo ich dann 6 Monate gelebt habe und meine Tätigkeit bei der Bayerischen Futtersaatbau GmbH, als Verkaufsraterin im Außendienst, begonnen habe.

Im August 2017 bin ich in meine Heimatstadt Berlin zurückgekehrt, mit dem Job der Bayerischen Futtersaatbau und betreue seitdem die Landwirtschaftsbetriebe in Berlin & Brandenburg, sowie mittlerweile auch noch das östliche Sachsen.

2018 bin ich dann in den Spreewald gezogen, wo ich seitdem mit meinem Lebenspartner, der einen Bio Betrieb bewirtschaftet, zusammenlebe.

Im Laufe der Jahre ist die Landwirtschaft nicht nur beruflich, sondern auch privat ein zentraler und wichtiger Punkt in meinem Leben geworden.

Ich werde täglich mit den Problemen der Landwirt konfrontiert und mache mir Gedanken über die Zukunft.

Ich freue mich, mich als neues Mitglied des Verbandes politisch zu engagieren, den Verband so gut ich kann zu unterstützen und mit den Aufgaben, die mich erwarten werden, zu wachsen.

Ich wünsche allen eine schöne Vorweihnachtszeit, besinnliche Weihnachtsfeiertage im Kreise der Familie und einen guten Start ins neue Jahr 2020.

Auf eine gute Zusammenarbeit, erfolgreiche Gespräche und die richtigen Entscheidungen!

Ilka Reimann



Generationswechsel vollzogen: Hugo Melde und Frau Ilka Reimann

Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.

Abschied von der Verbandsarbeit: Was war und was ist zu tun?

von Jochen Dettmer

Liebe Mitglieder des Bauernbundes Sachsen-Anhalt, erlauben Sie mir einige Anmerkungen in eigener Sache.

Zum Jahresende werde ich mein Amt als Präsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt niederlegen.

Die Doppelbelastung mit meinem Amt als Vorstandssprecher beim NEULAND-Verein auf Bundesebene hat ein Ausmaß erreicht, welches auf Dauer nicht zu realisieren ist. Auch meine betriebliche Entwicklung musste darunter leiden.

Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Ich bitte um Verständnis dafür.

Was ist nun mein Resümee nach über zweijähriger Verbandsarbeit?

Nach den Turbulenzen des Austritts des Bauernbundes Brandenburg aus dem Deutschen Bauernbund konnten wir durch eine kontinuierliche Vorstandsarbeit Ruhe in den Verband bringen.

Zu wichtigen agrarpolitischen Fragen haben wir Positionen erarbeitet und konnten diese gegenüber der Landesregierung vertreten. (siehe Homepage www.bauernbund.de).

Zu nennen sind hier insbesondere politische Forderungen zum Bodenmarkt, hier insbesondere die Kontrolle der Share Deals, Fragen des Milchmarktes und der Begrenzung der Förderung des Öko-Landbaues. Auch die Beschäftigung mit dem Klima- und Energiekonzeptes der Landesregierung hat viel Arbeitszeit beansprucht. Dabei nutzt es uns nicht, den Klimawandel zu leugnen, sondern wir müssen vielmehr über Maßnahmen diskutieren, wie die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt sich daran anpassen kann und wie ihr dabei geholfen werden kann, ohne dass es große Strukturbrüche gibt. Die Änderungen der Düngeverordnungen sind dafür nicht sehr hilfreich, zumal sie fachlich auch kaum nachzuvollziehen sind.

Was bleibt für die Verbandsarbeit zu tun?

Die Schlepperdemonstrationen vom Herbst dieses Jahres haben gezeigt, dass gerade die junge Generation mit auf die Straßen gegangen ist. Darum müssen wir auch auf Vorstandsebene einen Generationswechsel vollziehen.

Mein Rücktritt soll dafür einen Beitrag leisten. Verbandsarbeit muss parteiunabhängig sein, auch wenn es Parteien gibt, die uns näher stehen.

Die Verbandsarbeit muss Angebote an die Gesellschaft bzw. die Parteien machen, auch wenn damit Veränderungen verbunden sind. Die Landwirtschaft ist heute so vielfältig, dass ein alleiniges Verteidigen der „Landwirtschaft“ nicht mehr reicht. Den Bauernbund hat seit seiner Gründung ausgezeichnet, dass er sich für die Strukturfragen einsetzt, für den bäuerlichen Familienbetrieb und nicht für die Agrarindustrie. Dabei entscheidet jeder bäuerliche Familienbetrieb jeder für sich, wie er wirtschaften will, ob ökologisch oder konventionell, mehr oder weniger Tierwohl, als Rohstofflieferant oder Direktvermarkter. Die Verbandsarbeit darf sich nicht auf eine Seite stellen, sondern Rahmenbedingungen fordern, die es dem bäuerlichen Familienbetrieb ermöglicht zu überleben. Darum sind die Boden- und Pachtpreise, aber auch die Produktpreise von so entscheidender Bedeutung, dass sie durch keine staatlichen Prämien oder Kostensenkungen aufgefangen werden können.

Die Schlepperdemonstrationen des Herbstes haben gezeigt, wie hoch die Unzufriedenheit und Unsicherheit der Berufskolleginnen und Kollegen ist.

Zu Recht werden verlässliche politische Rahmenbedingungen eingefordert.

Ob sich aus dieser Bewegung ein neuer Verband gründet, muss abgewartet werden.

Sinnvoller wäre, das Aktivitätspotential - gerade der jüngeren Generation in unserem Verband zu nutzen und dort für politischen Rahmenbedingungen zu kämpfen. Dialoge

sind besser als Populismus und Konfrontation.

Ich wünsche meinen Nachfolgern viel Erfolg und eine gute Hand.

PM vom 22.10.2019

Bauernbund Sachsen-Anhalt unterstützt Protestaktion der Landwirtschaft am 22.10.19 in Magdeburg

Bundesweit organisieren sich Landwirte, weil sie von der derzeitigen Umwelt- und Landwirtschaftspolitik die Wirtschaftskraft und den sozialen Frieden im ländlichen Raum in Deutschland gefährdet sehen.

Auch in Sachsen-Anhalt haben sich WhatsApp-Gruppen dazu gegründet.

Der Bauernbund Sachsen-Anhalt unterstützt daher den verbandsunabhängigen Protestaufruf der Bewegung, deren Internetauftritt unter <https://landschafttverbindung.de/> zu finden ist.

Die Kernforderungen, die der Bauernbund Sachsen-Anhalt unterstützt lauten:

1. Das Agrarpaket gefährdet bäuerliche Familienbetriebe. Wir wollen sie erhalten.
2. Die Verschärfung der Düngeverordnung führt zu Unterdüngung. In den sogenannten roten Gebieten schadet das dem Boden und dem Wasser mehr, als es nützt.
3. Buhmann der Politik und vieler NGOs: Die permanente negative Stimmungsmache und die öffentliche Beschimpfung von Bauern führen zu Ärger und Frustration im Berufsstand. Diskriminierung, Benachteiligung und Mobbing von Angehörigen gehören zur Tagesordnung. Das gefährdet die Zukunft der Betriebe und des ländlichen Raums. Unter solchen gesellschaftlichen Umständen und ständig an den Pranger gestellt zu werden, oft weder fach- noch sachgerecht, verliert der Beruf des Landwirts seine Attraktivität.
4. Das Mercosur-Handelsabkommen gefährdet durch Billigpreise importierter Waren die Versorgung mit sicheren, qualitativ hochwertigen und geprüften Lebensmitteln aus der Region.



Traktoren auf dem Domplatz Magdeburg am 22.10.2019



In Krisenzeiten ist Solidarität gefragt!

Kommentar vom Präsidenten des Bauernbund Sachsen-Anhalt Jochen Dettmer zur Diskussion um Dürrehilfen für die deutschen Bauern.

In den Medien wird eine Diskussion geführt, ob es gerechtfertigt ist, dass Bäuerinnen und Bauern vom Staat Hilfen bekommen, um die Ertragsausfälle durch die anhaltende Dürre zu entschädigen. Dazu kommt dann noch eine Systemdebatte, als ob Biobetriebe die Dürre besser aushalten könnten und die konventionellen Bauern selber schuld an der Dürre sind, da sie klimaschädlich wirtschaften würden. Diese Debatte zeigt das Unverständnis einer Industriegesellschaft, die von der Lebenswirklichkeit unserer bäuerlichen Bevölkerung, die auf dem Land lebt und arbeitet, weit entfernt ist.

Verbands,- Parteivertretern und Journalisten kann nur empfohlen werden, in die Regionen unseres Landes zu fahren, in denen es seit April nicht mehr nennenswert geregnet hat. Wenn kein Regen fällt, kann auch nichts wachsen. Davon sind alle Bewirtschaftungsformen betroffen. Nicht nur die Getreideente hat zu erheblichen Ertragseinbußen geführt, ob Bio oder Kon-

ventionell, jetzt wächst auch kein Grünland mehr nach und der Mais verdorrt.

In aller Deutlichkeit: Es handelt sich um eine Naturkatastrophe, die die Dürre von 2003 weit überschreitet. Bei Naturkatastrophen ist eine gesellschaftliche Solidarität gefragt, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Systemdebatten und Schuldzuweisungen sind nicht angebracht. Wir brauchen eine ehrliche Debatte um CO₂ Ausstoß und CO₂-Bindung durch die Landwirtschaft. Diese Debatte wird für die Zukunft wichtig sein, jetzt brauchen wir aber Hilfen. Hilfen für Futtersatz, z.B. durch die Bundeswehr und finanzielle unbürokratische Hilfen für die betroffenen Betriebe. Die Kirchen, Länder und der Bund können Vorbild sein, in dem sie die Pachtpreise ihrer Flächen mindern. Die Gesellschaft darf die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe nicht im Stich lassen, denn sie produzieren keine Stecknadeln, sondern produzieren Lebensmittel und gestalten den ländlichen Raum. Solidarität ist gefragt!

Aufstockung der Förderung des Ökolandbaues in Sachsen-Anhalt wäre unverantwortlich

Mit Unverständnis hat der Präsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt Jochen Dettmer auf die Forderung des Bioanbauverbandes Bioland reagiert, die Förderung des Ökolandbaues in Sachsen-Anhalt auf die beantragten 9.568 ha auszuweiten.

„Bioland sollte zur Kenntnis nehmen, dass schon jetzt durch den zusätzlichen Umstellungsanreiz in den Bundesländern zu viel Ökogetreide auf dem Markt ist und dadurch die Erzeugerpreise empfindlich gesunken sind. Triticale aus Umstellungsbetrieben nach EU-Biostandard ist z.B. in Magdeburg momentan nicht mehr absetz-

bar. Damit können Umstellungsbetriebe nur konventionelle Preise bekommen. Die Ausweitung des Ökologischen Landbaues kann nur in dem Rahmen geschehen, wie sich die Märkte dazu entwickeln. Die Schaffung weiterer Anreize durch hohe Umstellungsprämien wäre darum für die Landwirtschaft unverantwortlich.

Darum war es richtig, dass sich der Bauernbund Sachsen-Anhalt, der Bauernverband und der Arbeitskreis Ökologischer Landbau in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert darauf geeinigt haben, das An-

tragsvolumen für 2019 auf 5.000 ha zu beschränken. Es spricht jedoch nichts dagegen, dass nicht ausgeschöpfte ELER-Restmittel für eine geringfügige Aufstockung des Antragsvolumens genutzt werden.

Die Förderung des Ökolandbaues darf nicht dazu führen, dass wichtige Agrarumweltprogramme, wie z.B. das Blühstreifenprogramm, gekürzt werden. Bio-land soll aufhören so zu tun, als ob nur durch den Ökolandbau eine „enkeltaugliche“ Landwirtschaft gelingen kann. Ent-

scheidend für die Zukunft der Landwirtschaft ist, dass genügend Wertschöpfung bei den Betrieben ankommt. Dafür müssen die Märkte funktionieren (auch der Bodenmarkt), ob bei der konventionellen oder ökologischen Landwirtschaft. Die Zukunft der EU-Agrarpolitik kann nicht im Wettbewerb um staatliche Prämien liegen und der damit verbundenen Bürokratie. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die bäuerlichen Familienbetrieben als Stütze im ländlichen Raum eine Zukunftsperspektive bieten,“ so Jochen Dettmer abschließend.

Festsetzung des Nationalen Naturmonumentes „Grünes Band“

Anhörung zum Gesetzentwurf am 14.08.2019

Stellungnahme Bauernbund Sachsen-Anhalt e.V.

Der Gesetzentwurf Grünes Band wird vom Bauernbund Sachsen-Anhalt abgelehnt. Juristisch bedenklich ist, landwirtschaftlich genutzten Flächen einen Naturschutzstatus zu verordnen, ohne dass ein Schutzgrund vorliegt. Zudem fehlt ein Gesamtkonzept zur Integration der Erinnerungskultur, deren Finanzierung und zivilgesellschaftlicher Beteiligungsmöglichkeit. Naturschutzfachliche Ziele lassen sich auch durch bestehende Instrumente erreichen.

Begründung:

Die Verbindung von „**Erinnerungskultur Grenzöffnung**“ und der Anlage von weiteren Naturschutzgebieten mit der gesetzlichen Verpflichtung einer Biotopvernetzung zu einer neuen Grünen Grenze (Grünes Band) widerspricht dem Ziel der Deutschen Gesellschaft zusammen zu wachsen, im besonderen im Gebiet der ehemaligen Zonengrenze.

Erinnerungskultur könnte gestaltet werden, in dem ein Fahrradweg am vorhandenen Kolonnenweg mit zahlreichen Hinweisschildern zur Region, Geschichte, Zonengrenze und Kulturlandschaft informiert. Die Landschaften entlang des Kolonnenwegs machen deutlich, dieses Land und ihre Menschen gehören zusammen. Ein 25 m breiter Streifen in dieser Kulturland-

schaft trennt und hebt die Erinnerungskultur auf. Ein Biotopvernetzungsgesetz (Grünes Band) wird in dieser Kulturlandschaft ein teilendes Band sein. Ausgeprägte Acker- und Grünlandregionen gehören auch zu unserer prägenden Kulturlandschaft und sind nicht erneut durch eine neue Grüne Grenze zu trennen. Hier ist die Aktivierung des Kolonnenwegs, vielleicht mit einer Hecke, die Maßnahme für eine gelungene Einbindung von Kulturlandschaft und Erinnerungskultur.

Verständliche und eindeutige Durchführungsverordnungen sind Voraussetzung für eine einvernehmliche Lösung zwischen Betroffenen und dem Gesetzgeber. Die betroffenen Eigentümer und Bewohner des Gebietes haben aber praktisch keinen Einfluss auf die Durchführungsverordnungen. Damit sind einvernehmliche Lösungen ausgeschlossen, wenn Bewohner und Eigentümer als Bittsteller auftreten dürfen. Haushaltsmittel sind nicht den betroffenen Bereichen (Erinnerungskultur, Kommunen, den Verschiedenen Entschädigungsbereichen) zugeordnet.

Mit diesem Gesetz haben möglicherweise künftige Regierungen in Sachsen-Anhalt die Möglichkeit, die Gebietskulisse des „Grünen Band“ entsprechend anzupassen

bzw. zu verändern.
Private oder Bürgerinitiativen im Bereich der ehemaligen Grenzanlagen (Erinnerungskultur, Tourismus) werden eingegrenzt.

Dieses Gesetz bevorzugt das Schutzgut Naturschutz und berücksichtigt nur unzureichend wirtschaftliche Interessen und ist damit nicht ausgewogen.

Gegen den Ausverkauf von Sachsen-Anhalts Äckern! Für eine gesetzliche Regelung!

Bauernbund Sachsen-Anhalt übergibt Unterschriftenlisten an Petitionsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt

Anlässlich des Landeserntefestes im Elbauenpark vom 14.-15.09.2019 hat der Bauernbund Sachsen-Anhalt eine Unterschriftenaktion durchgeführt um zu testen, wie hoch das Interesse der Bevölkerung an der Agrarstruktur in Sachsen-Anhalt ist.

„Wir sind erfreut, dass innerhalb kürzester Zeit 312 Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Unterschrift uns bei der Forderung nach einem Agrarstrukturgesetz unterstützen“, so der Präsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt, Jochen Dettmer.

Die Unterschriftenlisten wurden am 24.09.2019 dem Petitionsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt im Beisein der Landtagspräsidentin Gabi Brakebusch übergeben.



Mit der Unterschriftenliste fordert der Bauernbund Sachsen-Anhalt die regierungstragenden Fraktionen auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Agrarstruktur vorzulegen.

Hintergrund: In den Koalitionsvereinbarungen von 2016 haben die regierungstragenden Fraktionen beschlossen, ein Gesetz zur Regulierung von Anteilsverkäufen großer Agrarbetriebe an außerlandwirtschaftliche Großinvestoren zu beschließen. (Agrarstrukturgesetz). Es ist der Ausverkauf von Sachsen-Anhalts Äckern an landwirtschaftsfremde Großinvestoren zu befürchten, die dann eine landbeherrschende Stellung hätten.

Leider liegt noch immer kein Gesetzentwurf vor.

Erntefest im Elbauenpark Magdeburg am 14. und 15.09.2019



Unterschriftensammlung an unserem Stand



Interview der Präsidenten auf der SAW-Bühne



***1. Platz beim Erntekronenwettbewerb
für Frau Ahlers – Glückwunsch!***



Nach der Prämierung schmückte die Erntekrone einige Wochen den Eingangsbereich des Landwirtschaftsministeriums, erfreute uns anschließend auf unserem Ernteball im Herrenkrug und wurde schließlich am 04.11.2019 zum Tag der offenen Tür der Landgesellschaft übergeben.



Fürbittengebet beim Erntedankgottesdienst



*Besuch von MP Haseloff, BV
Präsident Feuerborn und Weinkönigin
A. Triebe*

Ernteball am 02.11.2019 im Herrenkrug in Magdeburg

14 | Magdeburger Lokalanzeiger

Volksstimme
Dienstag, 5. November 2019

Landesernteball des Bauernbundes



Auch Jungbauern waren mit von der „Party“: Niels-Eiric Hauschildt und Melina Barthel

Berausende Ballnacht für Bauern

Zum Landesernteball hatte der Bauernbund Sachsen-Anhalt e. V. um Präsident Jochen Dettmer und Geschäftsführerin Annkatrin Valverde am Sonnabend in das Herrenkrug Parkhotel geladen. Neben Haxe und Hausschlachte wurde deftig mit Humoristin Josefine Lemke gelacht, ehe heftig zur Musik der Partyband „The Party Liner“ getanzt werden konnte. (ka)



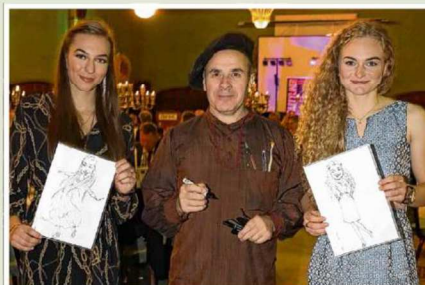
Anke Werny und Annkatrin Valverde gehören zum Organisationsteam des Balls.



Treue Gäste des Balls und seit einer gefühlten Ewigkeit dabei sind Rita und Harald Geisler.



Annemarie Triebe aus Zeitz ist seit Anfang September Sachsens-Anhalts Weinkönigin. Sie repräsentiert das Weinanbaugebiet an Saale und Unstrut und war auf dem Ball zu Gast.



Auf Papier gebarnt: Luise Gille und Friederike Schmidt ließen sich von Karikaturist Zamir Yushaef zeichnen. Fotos: Eroll Popova



Landtagspräsidentin Gabriele Brakebusch mit ihrem Mann Hans (l.) und dem Präsidenten des Bauernbundes Jochen Dettmer.

Auch in diesem Jahr begingen wir wieder unseren Ernteball mit vielen bedeutenden Gästen aus Politik und Verwaltung aber vor allem mit unseren Mitgliedsbetrieben.

Weinkönigin Annemarie Triebe vom Weingut Triebe in Würchwitz begrüßte die Gäste mit einem Gläschen ihren „Königinnenweines“.

Statt Tombola gab es dieses Jahr einen Künstler aus Leipzig, der in kürzester Zeit eine Karikatur von den Gästen anfertigte.

Weitere Veranstaltungen August – November 2019

- Fachgespräch zum „Gesetz zur Verbesserung der Agrarstruktur“ am 12.08.2019 im Landtag Brandenburg/Bündnis 90/Die Grünen
- Feierliche Zeugnisausgaben für die Absolventen an den Berufsbildenden Schulen Salzwedel, Halle und Wittenberg am 16.08.2019



- Festveranstaltung 25 Jahre AMG Sachsen-Anhalt am 21.08.2019 im Zoo Magdeburg



- Historisches Erntefest in Bernburg-Strenzfeld am 31.08.2019
- Sommerfest der Landesregierung am 11.09.2019 in der Landesvertretung Sachsen-Anhalt in Berlin
- Prä-Konferenz-Workshop im Rahmen der GEWISOLA-Tagung am 25.09.2019 im Thünen-Institut Braunschweig: Bodenmärkte und Grundbesitz im Wandel
- Direktvermarktertag am 07.10.2019 in Ebendorf
- Mitteldeutscher Ernährungsgipfel am 22.10.2019 in Magdeburg
- Gutachterausschusssitzungen am 16.10. und 19.11.2019 im MULE Magdeburg
- Sitzungen zu den Entschädigungsregelungen beim Bau von Poldern in Sachsen-Anhalt

Bauernbund Thüringen e.V.

Mittlerweile hat auch der mdr in Thüringen das Thema Grundstückverkehr und Agrarstrukturgesetz im Rundfunk bearbeitet. Die Analyse ist erschreckend und Thüringen ist nur ein Beispiel. Die Problematik trifft ebenso auf die anderen neuen Länder zu.

Unter

https://www.mdr.de/thueringen/audio-1222974_zc-1201c59b_zs-4e0ede05.html

kann man den Beitrag anhören, das dazugehörige Skript veröffentlichen wir nochmal an dieser Stelle.

Ackerflächen auch in Thüringen zunehmend Spekulations- und Renditeobjekt

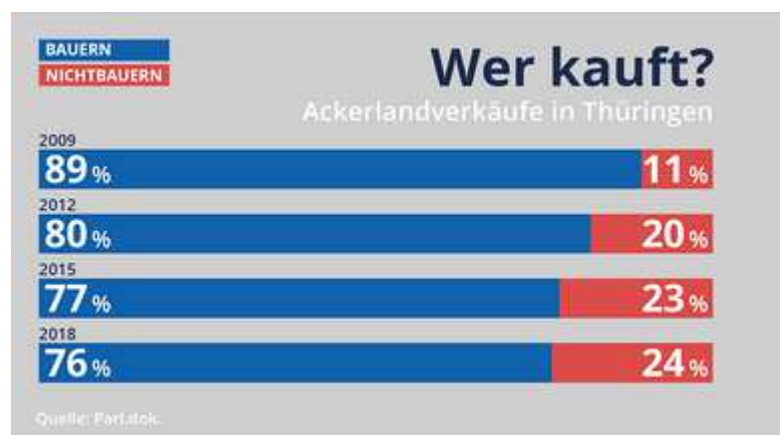
Thüringer Agrarflächen werden für Kapitalanleger immer attraktiver. Das ergaben umfangreiche Recherchen von MDR THÜRINGEN. In Zeiten niedriger Zinsen und unsicherer Finanzmärkte sind Landwirtschaftsflächen eine gefragte Wertanlage. Die Folgen: Ackerland wird immer teurer, Arbeitsplätze gehen verloren, Dörfer und Natur drohen zu veröden. Befeuert wird diese Entwicklung durch Gesetzeslücken. Das muss sich ändern, fordern viele Landwirte und sehen die Landesregierung gefordert.

von Gerd Nettelroth



Bildrechte: dpa

Vor über 100 Jahren - genau: im Jahr 1918 - ist in Deutschland das Reichssiedlungsgesetz verabschiedet worden. Heute heißt es Grundstücksverkehrsgesetz, doch die darin verankerten Regelungen gelten noch immer. Danach muss in Thüringen jeder Verkauf einer landwirtschaftlichen Fläche, die größer als 0,25 Hektar (ha) ist, vom zuständigen Landwirtschaftsamt genehmigt werden.



Bildrechte: MDR/Agrarministerium Thüringen

Ist der Kaufinteressent kein Landwirt, so muss laut Gesetz zunächst ein kaufbereiter Landwirt gesucht werden. Dieser genießt dann das Vorkaufsrecht. Findet sich kein brancheninterner Interessent, kommt die landeseigene Thüringer Landgesellschaft ins Spiel. Diese hat ebenfalls ein Vorkaufsrecht und kann sozusagen auf Vorrat Agrarflächen aufkaufen, um diese dann bei Bedarf an Landwirte weiterzugeben. Das heißt: Außerlandwirtschaftliche Investoren wie eine Bank, ein Lebensmitteldiscounter oder ein Möbelkonzern dürften in Thüringen eigentlich nie auch nur einen Hektar Land kaufen.

Eigentlich. Seit der Finanzkrise 2008/2009 wird aber verstärkt ein Schlupfloch genutzt: der Kauf von Mehrheitsanteilen an landwirtschaftlichen Betrieben samt der in deren Besitz befindlichen Fläche. Diese Verkäufe - auch Share Deals genannt - müssen bislang weder angezeigt noch genehmigt werden, da sich ja im Grundbuch nichts ändert. Diese Gesetzeslücke muss nach Auffassung des Bundeslandwirtschaftsministeriums jedes Bundesland selber schließen. Bislang ist da aber noch nichts vollendet worden - auch in Thüringen nicht.

Ackerland wird immer teurer

Wie das Landwirtschaftsministerium MDR THÜRINGEN mitteilte, hat sich der Preis für einen Hektar Ackerland in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Kostete ein Hektar im Jahr 2009 noch rund 5.200 Euro, waren es 2018 schon rund 11.200 Euro. Nach Einschätzung des Deutschen Bauernbundes Thüringen (DBB Thüringen) und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) liegt dieser Preis deutlich über dem Wert, der mit Ackerbau und Viehzucht noch erwirtschaftet werden kann. Laut AbL wechselten seit der Jahrtausendwende allein in Thüringen 20.000 Hektar landwirtschaftliche Fläche in den Besitz "ortsfremder, überregional bis international tätiger Konzerne". Das entspricht

rund 2,5 Prozent der gesamten Thüringer Betriebsfläche. Tendenz steigend.



In den vergangenen Jahren ist die jährlich gehandelte Ackerfläche kleiner geworden, jedoch haben sich die Preise pro Hektar mehr als verdoppelt. Bildrechte: MDR/Agrarministerium Thüringen

Thüringer Ackerland mit am günstigsten - noch...

Dieses auch als "Landgrabbing" (deutsch: Landraub, Landnahme) bezeichnete Phänomen ist in Thüringen jedoch noch lange nicht so ausgeprägt wie in anderen Bundesländern wie Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern oder Niedersachsen. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums ist Ackerland in Thüringen im bundesweiten Vergleich noch mit am preiswertesten (nach dem Saarland). In den Neuen Ländern liegt der Hektarpreis von Agrarland durchschnittlich bei zirka 16.000 Euro und deutschlandweit bei zirka 24.000 Euro.

Durchschnittliche Hektarpreise in Thüringen im Jahr 2018

Landkreis/Stadt	Durchschnittspreis in Euro
Altenburger Land	21.382
Kyffhäuserkreis	14.594
Gera	14.537
LK Saalfeld-Rudolstadt	5.510
Ilm-Kreis	5.542
Wartburgkreis	5.777

Der Anteil von Käufern, die nicht aus der Landwirtschaft kommen, erhöhte sich in den letzten zehn Jahren von 11 auf 24 %.

Thüringens Ex-Bauernpräsident und Agrar-Investor Klaus Kliem verkaufte Ende September die Geithainer Landwirtschafts GmbH bei Leipzig (1.500 Hektar) an eine Stiftung des Discounters Aldi Nord. Bisherige Gesellschafterin war Kliems Aschara Landwirtschafts GmbH mit Sitz in Bad Langensalza im Unstrut-Hainich-Kreis. Die Anteile der Aschara GmbH werden von der ADIB Agrar-, Dienstleistungs-, Industrie- und Baugesellschaft mbH gehalten. Die Familie Kliem hält 52,42 Prozent des Kapitals.

Auch die Pacht wird immer teurer

Nicht nur die Kaufpreise haben sich in Thüringen deutlich erhöht, auch die Pachten für Ackerland sind gestiegen. Musste ein Landwirt im Jahr 2009 im Durchschnitt noch 161 Euro pro Hektar Ackerland an Pacht zahlen, waren es 2018 laut Thüringer Agrarministerium schon 237 Euro.



Entwicklung der durchschnittlichen Pachtpreise für Ackerland in Thüringen Bildrechte: MDR/Agrarministerium Thüringen

Auch hier geht die Tendenz hin zu weniger Pachtland und mehr Eigentum in den Händen sogenannter "Juristischer Personen" wie Aktiengesellschaften (AG), GmbHs oder Genossenschaften. 66 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche werden mittlerweile von Juristischen Personen bewirtschaftet. Auf Personengesellschaften (GbR, GmbH u. Co. KG sowie sonstige

Gesellschaften und Gemeinschaften) entfallen zirka 14 Prozent, und die restlichen 20 Prozent der Landfläche befinden sich in der Nutzung durch Einzelunternehmen. Letztere sind als Familienbetriebe im Haupt- oder Nebenerwerb tätig. Laut Landesamt für Statistik gibt es in den landwirtschaftlichen Betrieben noch rund 20.000 Beschäftigte.

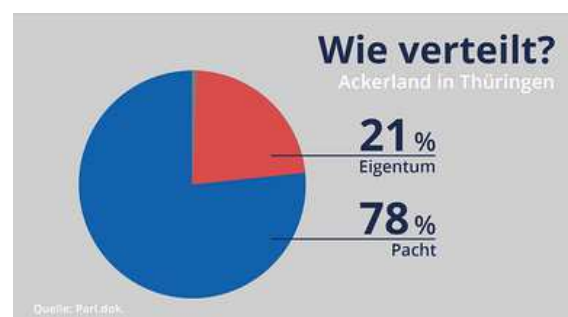
Der weltweit tätige Möbelkonzern Steinhoff bewirtschaftet 3.638 Hektar in Kölledda im Landkreis Sömmerda. Betroffen sind die Pflanzenproduktion Kölledda GmbH, die Clausberg GmbH, die Lantana GmbH und die AGM Agrarbetrieb GmbH

Umweltministerium sieht ländlichen Raum in Gefahr

Nach Auffassung von Thüringens Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) besteht zunehmend die Gefahr, dass agrarferne Investoren nach der Übernahme eines landwirtschaftlichen Betriebes aus Renditegründen beispielsweise die Tierhaltung abschaffen und für einen schnellen Gewinn

nur noch Monokulturen wie Raps oder Weizen anbauen. Das schade einerseits der Umwelt und führe andererseits dazu, dass Vollzeit-Arbeitskräfte abgebaut würden, weil dafür Saisonarbeitskräfte ausreichen.

Den größten Teil des von ihnen bewirtschafteten Ackerlands haben die Thüringer Bauern gepachtet. Bildrechte: MDR/Agrarministerium Thüringen



Im Zusammenhang mit der Zunahme von Landeigentum und -bewirtschaftung in der Hand von nicht in der Region lebenden Menschen/Gesellschaften werden weitere Probleme für den ländlichen Raum diskutiert. So wächst zum Beispiel die Befürchtung, dass ländliche Gemeinden wesentliche Quellen ihrer Einkünfte verlieren. Überregional aktive Kapitaleigentümer zahlen keine Ertrags- oder Einkommenssteuer am Sitz eines Tochterunternehmens, sodass der dortigen Gemeinde Steuereinnahmen fehlen.

Die Herzog Gruppe, ein überregional tätiger Agrarkonzern, der auch landwirtschaftliche Betriebe und Ackerland zum Kauf vermittelt, bewirtschaftet in Thüringen 3.448 Hektar. Herzog ist Mehrheitsgesellschafter oder Eigentümer der Eigenrode Agrar KG im Unstrut-Hainich-Kreis, der Kaisershagen Agrar KG, der Naturrind GbR (ebenfalls beides in Unstruttal) und der Agrar GmbH Keula in Helbedündorf im Kyffhäuserkreis

Grunderwerbsteuer: Landwirt zahlt doppelt

Ein weiteres Problem: Nimmt die Thüringer Landgesellschaft ihr Vorkaufsrecht bei einer zum Verkauf stehenden Agrarfläche wahr, muss sie auch Grunderwerbsteuer zahlen. Diese ist in Thüringen mit 6,5 Prozent des Kaufpreises eine der bundesweit höchsten. Verkauft die Landgesellschaft die Fläche dann an einen Bauern weiter, so muss dieser ebenfalls als neuer Eigentümer die Grunderwerbsteuer bezahlen. Das heißt, für dieselbe Ackerfläche wird zweimal Grunderwerbsteuer fällig. Dadurch wird das Land künstlich verteuert. Thüringer Bauernverband (TBV) und AbL fordern deshalb die Abschaffung dieser Doppelbesteuerung. Die Thüringer Landesregierung hat sich in diesem Punkt nach eigener Aussage noch keine abschließende Meinung gebildet.

Die Südzucker AG mit Stammsitz in Mannheim ist unter anderem in Sömmerda und

Friemar im Landkreis Gotha aktiv. In Sömmerda übernahm Südzucker 2017 die Terra Sömmerda GmbH. Terra baut mit 15 Mitarbeitern auf rund 2.500 Hektar vor allem Zuckerrüben und Getreide an. Insgesamt hält Südzucker in Thüringen 3.622 Hektar

Share Deals als lukratives Steuer-sparmodell

Neben der Möglichkeit des direkten Erwerbs landwirtschaftlicher Nutzflächen gibt es für Investoren noch einen weiteren, indirekten Weg an Ackerland zu kommen: über sogenannte Share Deals (Anteilskäufe), die besonders in Ostdeutschland die Boden-Preise in die Höhe treiben. Hier wurden nach der Wende viele ehemalige LPGen in Agrar-Genossenschaften oder -GmbHs überführt. Wenn nun die Genossenschaftler ihre Anteile verkaufen - etwa weil sie in den Ruhestand gehen - ist das eine Chance für Investoren, die auf der Suche nach sicheren Anlageformen sind. Indem sie die Unternehmens- oder Genossenschaftsanteile kaufen, kaufen sie Felder, Äcker und Grünflächen dieser Firmen oder Genossenschaften gleich mit. Bauern, die diese Flächen als Pächter bewirtschaften, müssen anschließend oft höhere Pachten an die neuen Besitzer zahlen.

In einer früheren Version dieses Artikels hatten wir geschrieben, dass die Oetker-Gruppe 4.002 Hektar in Wingerode im Eichsfeld bewirtschaftet. Betroffen seien mehrere Agrargesellschaften. Der Geschäftsführer der ursprünglich genannten Agrarunternehmen legt Wert auf die Feststellung, dass es sich bei den Eigentümern der Firmen um Einheimische handele.

Große Flächen für Investoren attraktiver

In Thüringen ist die Share Deal- Problematik allerdings weit weniger ausgeprägt als in anderen Bundesländern, weil hier traditionell kleinräumige Landwirtschaft betrieben wird. Von den rund 3.600 Agrarbetrie-

ben bewirtschaften 2.500 weniger als 100 Hektar. Nichtlandwirtschaftliche Investoren oder überregional tätige Agrarkonzerne sind aber eher an großen Flächen interessiert. Da werden sie vor allem in [Sachsen-Anhalt](#), Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern fündig. Wichtigster Grund für diese Gier nach großen Flächen: Die größtenteils pro Hektar gezahlten EU-Agrarsubventionen versprechen eine sichere Rendite.



Protestaktion der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gegen Landkäufe durch branchenfremde Investoren im Januar 2019 in Erfurt Bildrechte: MDR/Karina Heßland-Wissel

Laut einer Studie des Thünen-Instituts - ein Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei mit Hauptsitz in Braunschweig - wechselten in Brandenburg im Zeitraum von 2007 bis Anfang 2017 3,9 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche per Share Deal den Eigentümer. In Thüringen waren es nur 1,5 Prozent. Während laut Studie in Mecklenburg-Vorpommern bereits 41 Prozent der Agrarfläche in den Händen überregional agierender, ortsfremder Investoren sind, sind es in Brandenburg 36 und in Sachsen 32 Prozent. In Thüringen hingegen ist dieser Anteil deutlich geringer. Laut Fallstudien des Thünen-Instituts gehören beispielsweise in den Thüringer Landkreisen Schmalkalden-Meiningen und Sömmerda nur etwa 20

Prozent der Ackerflächen ortsfremden Investoren.

Die BOREAS Energie GmbH hält 1.190 Hektar in Frohndorf im Landkreis Sömmerda. Der Betrieb heißt Agra GmbH Frohndorf/Orlishausen

Steuergesetz begünstigt Share Deals

Besonders attraktiv macht diese Anlageform eine Lücke im Grunderwerbsteuergesetz: Kauft ein Investor weniger als 95 Prozent der Anteile eines Landwirtschaftsbetriebs mit Grundbesitz, dann wird keine Grunderwerbsteuer fällig. Der TBV und die Thüringer Landesregierung drängen deshalb darauf, diese Grenze auf 90 Prozent abzusenken und die Haltefrist der Anteile von fünf auf zehn Jahre zu verdoppeln. Für die AbL geht das nicht weit genug. Aus ihrer Sicht müsste Grunderwerbssteuer ab dem Punkt gezahlt werden, wo ein Investor so viele Anteile kauft, dass er bestimmenden Einfluss auf das Unternehmen bekommt, in der Regel also ab 50 Prozent.

Die Landesregierung plädiert außerdem dafür, landwirtschaftliche Share Deals anzeige- und genehmigungspflichtig zu machen. Nur so könne der Bodenmarkt und die Anteilseigner-Struktur transparenter werden, heißt es in der Antwort auf eine große Landtagsanfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Ziel sei eine Eigentümerstatistik für den landwirtschaftlichen Grundbesitz.



Fehlendes Agrarstrukturgesetz Preisexplosion: Dein Ackerland gehört jetzt mir

Den Bauern in Sachsen-Anhalt wird das Leben derzeit besonders schwer gemacht. Vor allem kleine Betriebe leiden unter horrenden Kauf- und Pachtpreisen für Äcker und Grünflächen.

Bundesländer uneins über weiteres Vorgehen

Eine Lösung auf Bundes- wie auf gemeinsamer Länderebene gestaltet sich jedoch schwierig, weil nicht alle Länder den gleichen Weg gehen wollen. So begrüßt es Brandenburg, dass Investoren frisches Kapital ins Land bringen, in dem sie in Agrargenossenschaften, Aktiengesellschaften oder GmbH's investieren. Darum gibt es auch keinen Konsens bei der Abschaffung der doppelten Grunderwerbsteuer. Dieses Thema wurde bereits mehrfach auf der jährlichen Agrarministerkonferenz behandelt, allerdings ohne sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen.

Der Autohändler und Landwirtschafts-Investor Markus Hercher bewirtschaftet in Thüringen 5.121 Hektar in Bendeleben und Oldisleben im Kyffhäuserkreis (Kyffhäuser Landgut GmbH Bendeleben-Badra, Kyffhäuser Mutterkuh GmbH Bendeleben, Agrar-GmbH Oldisleben, Adrabrunnen GmbH Oldisleben und Agrar GmbH "Zum Himmelsberg" Oldisleben). Quelle für alle aufgeführten Beispiele: AbL, Stand November 2019, aufgeführt sind Agrar-

Betriebe, die nach 1989 aus ehemaligen LPG-en entstanden sind und über Sharedeals veräußert wurden. Bei den Hektar-Angaben handelt es sich um Betriebsflächen, also Pacht- und Eigentumsflächen.

Agrarstrukturgesetz soll Abhilfe schaffen

Einen Überblick, welche Investoren oder Kapitalanleger an welchem Agrarbetrieb in Thüringen beteiligt sind und in welchem Umfang, haben weder das Land und seine zuständigen Behörden noch der Bauernverband. Das Agrarministerium verwies in einer schriftlichen Antwort auf eine Anfrage von MDR THÜRINGEN auf die wirtschaftliche Betätigungsfreiheit, welche grundgesetzlich geschützt sei. Ein "grundlegender rechtlicher Anspruch auf Beteiligungspublizität" sei nicht gegeben. Daher lägen dem Land auch keine detaillierten Informationen über die Beteiligungsstrukturen von Agrarbetrieben vor.

Diesen Umstand will die Landesregierung durch ein "Agrarstrukturgesetz" ändern, um für mehr Transparenz am Bodenmarkt zu sorgen. Laut Agrarministerium werden derzeit ein agrarstrukturelles Leitbild und grundlegende inhaltliche Regelungen als Basis für einen Gesetzentwurf erarbeitet.

Quelle: MDR THÜRINGEN/dr

Sachthemen – fachliche Informationen

Entwicklung von Niederschlagsmengen am Beispiel der Region Vorharz des Landes Sachsen – Anhalt

Anne-Kathrin Schmalenberg

Die Frage der Veränderungen der Niederschlagsmengen sowie Temperaturwerte wird sehr stark in den letzten Monaten und Jahren diskutiert. Grund dafür ist unter anderem der besonders trockene und warme Sommer sowie Herbst 2018.

Die Folgen sind bis heute in einzelnen Regionen spürbar. Es lassen sich aber einzelne Wetterextreme wie die letzte Dürre nicht auf den Klimawandel zurückführen. Jahresbedingte Schwankungen sind immer vorhanden gewesen. Dass es immer wärmer wird, gilt als weitgehend abgesichert. Seit 1880 hat sich die Erde mindestens um einen Grad erwärmt und wird sich weiter erwärmen. Dieses gilt auch für Deutschland. Wie es sich für Deutschland weiterentwickelt, ob es trockener und wärmer wird, berechnen Forscher mit Klimamodellen, in denen sie Annahmen treffen, wie zum Beispiel, wie sich die Emission von Treibhausgasen entwickelt.

Diese Klimaprojektionen beschreiben mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eine mögliche Zukunft. Sie sind aber keine eindeutigen Vorhersagen.

Im Rahmen der vorherrschenden Diskussionen war es von Interesse die Wetterentwicklung eines Standortes im Umland von Quedlinburg genauer zu betrachten.

Die durchgeführten Auswertungen des Standortes beruhen auf einen Zeitraum von 1948 bis 2018. Eine weiterführende Analyse der Niederschlags- und Temperaturdaten vom Standort Quedlinburg war mit Hilfe der Wetterdaten des Deutschen Wetterdienstes ab 1887 bis 2018 möglich.

Die Analyse der Vorharzstandorte ist von Interesse, da diese Region als Musterbeispiel für zwei vorherrschende Wetterlagen prädestiniert ist.

Bei der Wetterrichtung Nordost bleiben die aufziehenden Niederschläge am Brocken hängen, sodass sich die Niederschläge an der östlichen Seite des Harzes halten und somit sich der Luveffekt des Gebirges beobachten lässt. Der Standort besitzt zu diesem Zeitpunkt eine erhöhte Niederschlagsmenge. Die Wetterrichtung Südwest hingegen sorgt für eine Regenschattenfunktion des Harzes, da dieser sich in der Leeseite des Gebirges, d.h. der strömungsabgewandten Seite, befindet. Das aufziehende Wetter bleibt an der westlichen Seite des Brockens hängen. Bei beiden Wetterlagen stellt der Brocken eine natürliche Barriere dar.

Eine Standortauswertung, in der Nähe von Quedlinburg, auf Grundlage von Wetterdatenaufzeichnungen der LPG, privater Unterlagen sowie digitaler Erfassung von Niederschlagsmengen erfolgte für den Zeitraum 1948 bis 2018.

Daraus lässt sich ableiten, dass bei der **Auswertung der Wetterdaten nach Jahren** eine **jährliche Niederschlagszunahme von 0,3 mm** nahe Quedlinburg festzustellen ist. Die **Auswertung nach Monaten** zeigt, dass **monatsabhängige Zu- oder Abnahme der Niederschläge** vorhanden sind.

Im Rahmen der Auswertung erfolgte eine erweiterte Wetterdatenauswertung auf den Standort Quedlinburg. Die hier vorliegenden Wetterdaten konnten von der OpenData Seite des Deutschen Wetterdienstes (DWD) genutzt werden. Eine amtliche flächendeckende Wetteraufzeichnung in Deutschland ist erst ab 1948 erfolgt. Für den Standort Quedlinburg liegen hingegen seit dem Jahr 1887 Wetterdaten (Daten des Wetterdienstes und private Aufzeichnungen der Saatzuchtfirmen) vor. Aus diesem

Grunde war die Niederschlags- sowie Temperatúrauswertung von besonderem Interesse.

Bei der statistischen Auswertung des Standortes im Umland von Quedlinburg sowie des Standortes Quedlinburg zeigt das, dass das lineare Regressionsmodell die beste Anpassung zeigt. Weiterhin lassen sich mittels Autokorrelation oder Fourier Transformation keine jahresbedingten Zyklen signifikant nachweisen. **Es sind keine Regelmäßigkeiten zu erkennen.**

In Abbildung 1 werden die Niederschlagssummen (mm) sowie die Temperaturmittelwerte (°C) der jeweiligen Jahre mit den entsprechenden Regressionslinien (Trendlinie) dargestellt. Es lässt sich erkennen, dass die **Temperatur mathematisch jedes Jahr um 0,0104 Grad steigt**, was sich in einer Temperatursteigerung von 1,36 Grad seit 1887 widerspiegelt. Laut DWD ist um rund eineinhalb Grad Celsius der langjährige Temperaturdurchschnitt seit 1881 in Deutschland gestiegen.

Nach dem Deutschen Wetterdienst vor allem im Winter wird es wärmer (siehe Abbildung 3). Es gibt zum Beispiel weniger Schneetage sowie eine Vegetationsruhe ist vermindert zu erkennen. Die Vegetation, wie zum Beispiel Blühbeginn, setzt inzwischen zwei bis drei Wochen früher ein. Der Langzeittrend zeigt deutlich nach oben, allerdings verläuft die Entwicklung nicht stetig. Auf wärmere Jahre folgten auch immer wieder weniger warme oder kühlere Jahre. Mit einer Jahresdurchschnittstemperatur für den Standort Quedlinburg von 11,2 °C Grad markiert das Jahr 2018 einen Höhepunkt und ist 1,9 Grad wärmer als das langjährige Mittel.

Der Niederschlag hingegen hat mathematisch jedes Jahr um 0,5638 mm abgenommen, daraus ergibt sich eine theoretische Abnahme der Niederschlagsmenge innerhalb von 131 Jahren um 73,8 mm schließen. Bei genauer Betrachtung der Niederschlagsmengen zeigt sich im Zeitraum 1985 bis 1989 eine drastische Niederschlagsabnahme. Der Vergleich zwischen den Wetterdaten Quedlinburg und dem

Standort im Umland zeigt, dass im Mittel 393 mm fehlen. Da die Datenerfassung am Standort Quedlinburg u.a. auch ehrenamtlich erfolgt sowie zeitweise keine Besetzung des Standortes vorhanden war, müssen diese Werte außer Betracht gelassen werden. Nach erneuter Verrechnung ergibt sich eine jährliche Verringerung von 0,2962 mm, welches zu einer **Abnahme der Niederschlagsmenge innerhalb von 131 Jahren von 38,82 mm** führt.

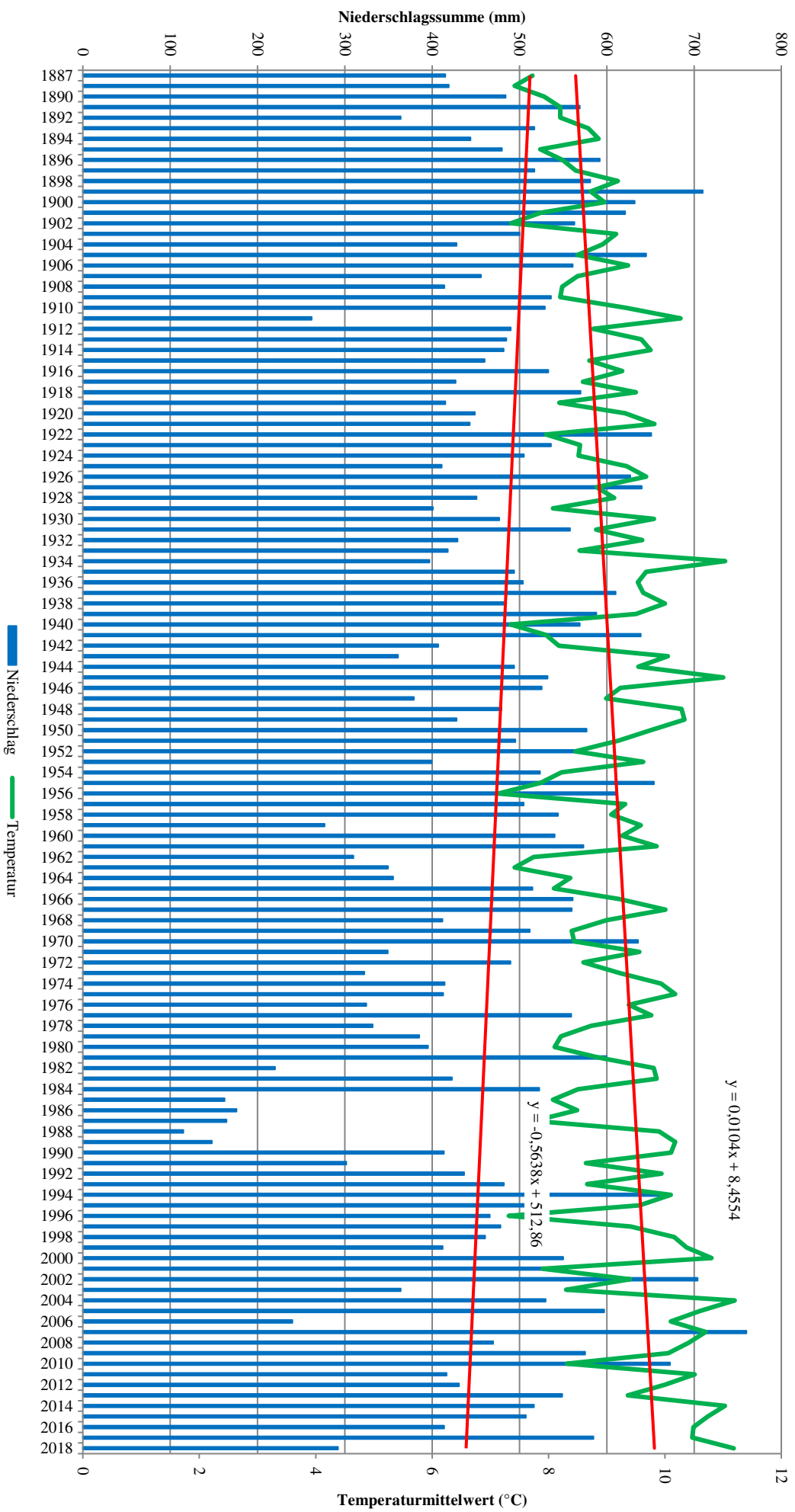


Abbildung 1: Jahresauswertung der Niederschlagssumme (mm) sowie Temperaturmittelwert (°C) im Zeitraum 1887 bis 2018 mit entsprechenden Regressionslinien

Die Auswertung der Monatsniederschläge im Mittel über die Jahre mit der entsprechenden Standardabweichung zeigt (Abbildung 2), dass die Monate Mai, Juli und August die höchste Niederschlagssumme aufweisen, aber auch die größten Schwankungen innerhalb des Monats. Sie weisen aber auch relativ gesehen die sichersten Niederschläge auf. Die größten Streuungen absolut und relativ gesehen zeigt der Monat Juli.

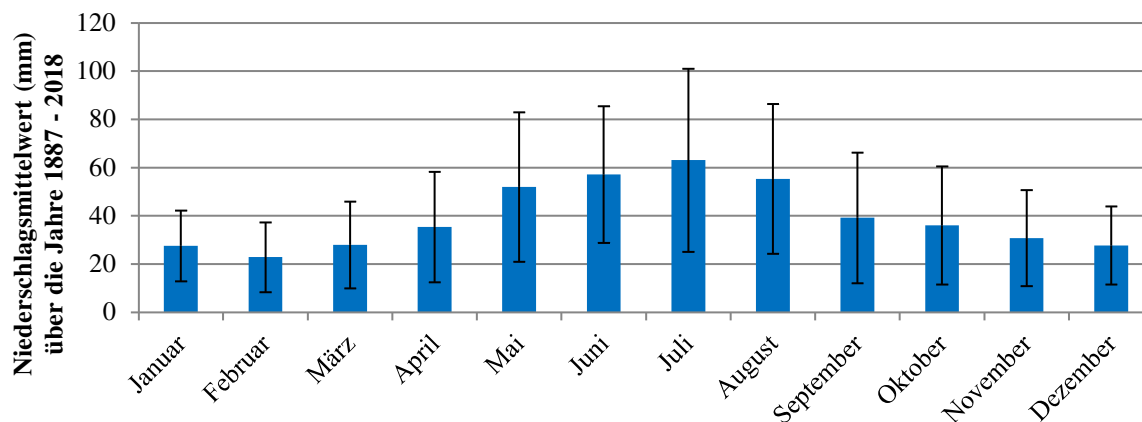


Abbildung 2: Darstellung der Niederschlagsmittelwerte (mm) mit entsprechender Standardabweichung über die Jahre 1887 bis 2018

Die weitere Auswertung der Temperatur der einzelnen Monate im Mittel über die Jahre mit der entsprechenden Standardabweichung (Abbildung 3) zeigt auf, dass die Monate Januar, Februar, März, November sowie Dezember die höchsten Schwankungen besitzen. Diese Schwankungen sind die jahresbedingten Verhältnissen geschuldet. Die Standardabweichung der restlichen Monate weicht geringfügig voneinander ab.

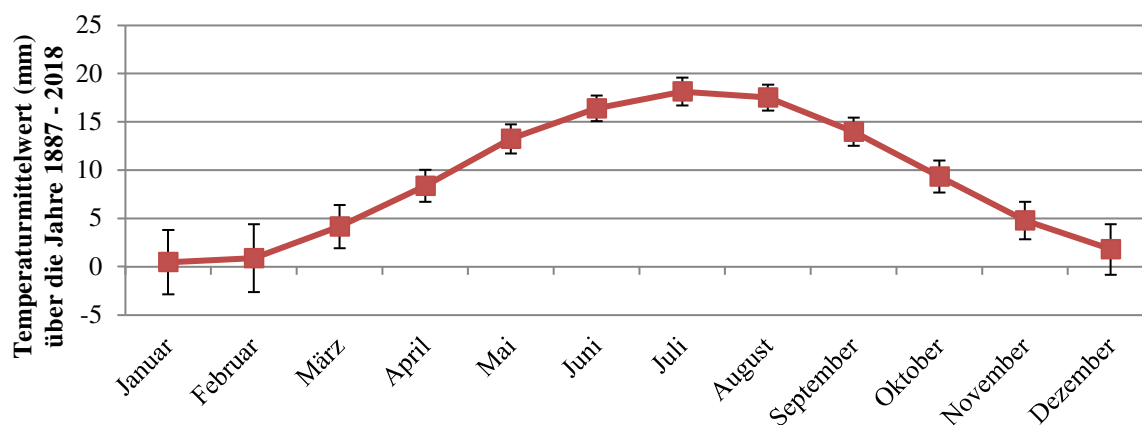


Abbildung 3: Darstellung der Temperaturmittelwerte (°C) mit entsprechender Standardabweichung über die Jahre 1887 bis 2018

Zusammenfassend zeigt die Wetterdatenanalyse, dass Schwankungen zwischen den Jahren als auch innerhalb der Monate vorhanden sind. Wegen der typischen Schwankungen des Wetters wird es immer wärmere und kühlere sowie feuchtere und trockenere Jahre geben. Welche Verhältnisse es geben wird, bleibt abzuwarten.

Messstellennetze und Auswirkung Festlegung „rote Gebiete“

Die „roten Bezirke“ sind die Bezirke, die nach den Wasseranalysen, deren Messstellennetz mehr als hinterfragenswert ist, (es gibt derer drei Messstellennetze - nach dem europäischen Messstellennetz ist das Grundwasser in Deutschland von hervorragender Qualität) sind dann also die Gebiete die besonders belastet sind und der Schuldige ist auch schnell ausgemacht - das ist die Landwirtschaft.

Deshalb musste in der Düngerverordnung eine zusätzliche Restriktion eingebaut werden, die sowohl ertragsmindernd ist, aber vor allem eben den Wettbewerbsvorteil der mitteleuropäischen Landwirtschaft, nämlich der Produktion von Qualitätsgetreide verhindert. Nach den Vorstellungen der „unabhängigen“ Wissenschaftler und der Wasserwirtschaft wären von Sachsen Anhalt fast 50 % der Fläche betroffen, nämlich über 520.000 ha. Die Ministerin hat unserem Vorschlag entsprochen, dass die „roten Bezirke“ nicht auf das gesamte Territorium vom Harz bis an die Elbe ausgeweitet werden, sondern, dass feldblockmäßig die besonders belasteten Stellen erfasst werden und über die entsprechenden Rechenmodelle dann hochgerechnet die Maximalbelastungswerte ergeben. Das reduzierte die belastete Fläche von 520.000 ha auf 135.000 ha.

Das gesamte Thema der Messstellennetze ist momentan sehr stark in der Diskussion.

Folgen für den Pflugtausch

Wir haben uns schon sehr oft und intensiv mit der Frage des Pflugtausches befasst, um letzt-

endlich leistungsfähige Bewirtschaftungseinheiten zu erhalten.

Dabei war insbesondere das Problem der Auswirkungen von Kündigungen einzelner zu diskutieren und zu forderst die Frage nach der Berechnung der Werthaltigkeit der zu tausenden Ackerstücken zu klären.

Durch die Ausweisung der „roten Bezirke“ kommt es nun zur Konfrontation mit den Interessen der Pflugtauschpartner, weil natürlich die nicht betroffenen Gebiete die Möglichkeit einer intensiveren Düngung haben – d.h. der Pflugtausch wird jetzt ein weiteres Mal sehr einkommensrelevant.

Das wesentliche Problem ist die juristische Würdigung, wie die Kündigungszeit der Pflugtauschverträge hinausgezogen werden kann. Allerdings löst das das Problem nicht. Trotzdem ist es so, dass die Rechtsprechung die Pflugtauschverträge vom Grunde her ins Pachtrecht transformiert hat.

In sehr vielen Fällen wird es so sein, dass Flächen wegen ihrer geografischen Lage getauscht wurden, wenn den Verbandsempfehlungen gefolgt worden war, erfolgte der Tausch auch nach Bodenwertzahl. Gut beraten waren diejenigen, die einen ordentlichen Vertrag abgeschlossen haben und Kündigungsfristen festgelegt haben.

Nach derzeitiger Rechtslage ist es für die Fälle, die lediglich eine Auflistung der Flurstücke getauscht haben so, dass die Kündigung analog einem unbefristeten Pachtvertrag zu werten ist. (Unbefristet heißt 3 Jahre) – zum Ende des nächsten Pachtjahres.

Service und Termine

Aktuelle Rechtsprechung: BVVG zu Zahlung von Schadensersatz an den Erwerber nach Pächterkauf (PG - 2010) verurteilt

Wichard Graf von Hardenberg, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Agrarrecht

Erwerber von BVVG-Flächen im Wege des Pächter-Direkterwerbes nach den Privatisierungsgrundsätzen 2010 (PG -2010) sollten Ansprüche gegenüber der BVVG prüfen und ggf. geltend machen, da die Verjährung droht:

Der 23. Zivilsenat des Kammergerichts Berlin hat in einem kürzlich zum Landerwerb nach PG 2010 ergangenen Urteil (AZ: 23 U 76/18) entschieden, dass die BVVG verpflichtet ist, an den betroffenen Landwirt Schadensersatz nebst Zinsen seit der damaligen Kaufpreiszahlung (2012) zu leisten, da sich die BVVG seinerzeit im Rahmen der Kaufpreisbestimmung geweigert hatte, zur Ermittlung des Verkehrswertes ein entsprechendes Gutachten einzuholen.

Die BVVG hatte -wie in vielen vergleichbaren Erwerbsfällen - kein Verkehrswertgutachten eingeholt, sondern selbst den Kaufpreis als vermeintlichen Verkehrswert festgesetzt. Der Erwerber hat nach dem Ankauf ein Sachverständigengutachten eingeholt, worin der damalige Verkehrswert errechnet worden ist. Die Differenz zwischen dem damals gezahlten Kaufpreis und dem - laut Gutachten niedrigeren- Verkehrswert hat er als Schadensersatz eingeklagt und vom Kammergericht nun zugesprochen bekommen.

Die Entscheidung ist sehr zu begrüßen, sie ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Der 5. Zivil-

senat des Kammergerichts Berlin hat mit einem Urteil vom 26.04.2019 (AZ: 5 U 59/18) eine vergleichbare Klage eines anderen Landwirtes abgewiesen, vertritt also eine gänzlich andere Auffassung als der 23. Zivilsenat des Kammergerichts Berlin. Um für diese Fälle Rechtsicherheit zu erlangen, muss die Entscheidung des Bundesgerichtshofs abgewartet werden.

Betroffene Landwirte sollten aber - insbesondere aufgrund der drohenden Verjährung - umgehend tätig werden und die Ansprüche gegenüber der BVVG prüfen und geltend machen. Diese wird sich möglicherweise bereit erklären, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, sodass man nicht sofort Klage erheben muss, um die Verjährung zu unterbrechen. Ob die Verjährung hier drei oder zehn Jahre beträgt, ist offen. Meines Erachtens spricht zwar einiges dafür, dass diese Ansprüche erst nach zehn Jahren, gerechnet ab dem jeweiligen Datum des Vertragsschlusses, verjähren. Denn der BGH hat in seinem Urteil vom 12.12.2014 (AZ: V ZR 109/14) zu den Kaufpreiserstattungsansprüchen nach EALG-Käufen ausgeführt, dass die Verjährungsfrist gemäß § 196 BGB nicht nur für Erstattungsansprüche, sondern auch für Schadensersatzansprüche gilt. Vorsichtshalber sollte man aber mit der kürzeren Verjährung von drei Jahren rechnen und mögliche Ansprüche umgehend geltend machen.

Förderprogramme zur Neubeantragung in Sachsen-Anhalt (Stand Antragsphase 2019)

Nachfolgend zeigen wir Ihnen nach dem jetzigen Stand der Dinge auf, welche Maßnahmen im Bereich Blühstreifen voraussichtlich 2020 angeboten werden. Wir haben gegenüber dem MULE deutlich gemacht, dass wir auch die Förderung von einjährigen Blühstreifen für sinnvoll erachten würden. Antragstellung wäre der 15.5.2020, Maßnahmenbeginn der 1.1.2021.

Daneben gibt es noch die Möglichkeit, Blühstreifen (Brache mit Honigpflanzen) im Rahmen des Greenings zu nutzen.

Mehrfährige Blühstreifen MS 60

- auf Ackerflächen,
- mehrjährige Blühstreifen mit einer Breite von mind. 5 Metern,
- ein Streifen weist gegenüber einer Fläche ein besonderes Breiten-Längenverhältnis auf (regelmäßig ist er um ein Mehrfaches länger als breit, d.h. mindestens 2 x so lang wie breit)),
- Restschlag selbst bewirtschaften, -Anteil der Blühstreifen weniger als 20% an der Fläche des Gesamtschlages,
- Etablierung eines blütenreichen Bestandes im ersten Verpflichtungsjahr mit vorgegebenen standortangepassten Saatgutmischungen; gelingt dies nicht, muss die Fläche erneut bestellt werden,
- Verzicht auf Pflanzenschutzmitteln und Düngemittel, die Stickstoff enthalten,
- Pflegeschnitt durch hohes Abschlegeln (Richtwert 20 cm) im Jahr der Neueinsaat möglich, Pflegeschnitte auf 70% der Fläche des Blühstreifens in den Folgejahren nicht überschreiten,
- der Aufwuchs darf grundsätzlich nicht genutzt werden,
- Kaufbelege für Saatgutmischungen sind vorzuhalten.
- Förderhöhe: 850€ je Hektar

Mehrfährige Blühflächen MS 64

- auf Ackerflächen,
- mehrjährige Blühflächen mit max. 2,5 ha je Schlag anzulegen,
- Etablierung eines blütenreichen Bestandes im ersten Verpflichtungsjahr mit vorgegebenen standortangepassten Saatgutmischungen; gelingt dies nicht, muss die Fläche erneut bestellt werden,
- Verzicht auf Pflanzenschutzmitteln und Düngemittel, die Stickstoff enthalten,
- Pflegeschnitt durch hohes Abschlegeln (Richtwert 20 cm) im Jahr der Neueinsaat möglich, Pflegeschnitte auf 70% der Fläche des Blühstreifens in den Folgejahren nicht überschreiten,
- der Aufwuchs darf grundsätzlich nicht genutzt werden,
- Kaufbelege für Saatgutmischungen sind vorzuhalten.
- **Blühflächen, die auf einem Teil eines Gesamtschlages angelegt werden (NC 575):**
 - * Restschlag selbst bewirtschaften,
 - * Anteil der Blühstreifen oder der Blühflächen weniger als 20% an der Fläche des Gesamtschlages.
- **Blühflächen, die auf Splitterflächen des Betriebes angelegt werden (NC 015):**
 - * Blühsplitterflächen maximal 2,5 ha groß,
 - * nicht künstlich durch Schlagteilung geschaffen,
 - * bereits in der Örtlichkeit vorhanden,
 - * Teilflächenart HNF-Hauptnutzungsfläche,
 - * nur für MS64 zulässig.
- Förderhöhe: 850€ je Hektar

Untersaat	Leguminosen	Nachwachsende Rohstoffe
Gewichtungsfaktor 0,3	Gewichtungsfaktor 1,0	Gewichtungsfaktor 0,7
Begrünung / Einsaat:	Begrünung / Einsaat:	Begrünung / Einsaat:
- Kein Einsaattermin - Nur Grasarten oder Leguminosen	- Einsaat bis 15.05. - Vorgegebene Artenliste - Gemische zulässig (z.B. Klee gras), wenn die stickstoffbindenden Arten optisch vorherrschen	- Kein Einsaat- bzw. Pflanztermin - Miscanthus, Durchwachsene Silphie
Auflagen und Pflege:	Auflagen und Pflege:	Auflagen und Pflege:
- Bodenbearbeitung zur Einsaat der Folgekultur ab 16.02. - Normale Bewirtschaftung der darüberliegenden Kultur - Nach Ernte der Hauptkultur: Kein Pflanzenschutz, keine min. Dünger, kein Klärschlamm - Schlegeln/Häckseln zulässig - Beweidung bis 31.12. im Antragsjahr nur mit Schafen und Ziegen, danach mit allen Tierarten möglich	- Grobkörnige Leguminosen: Ernte ab 16.08.; Ernte vor dem 16.08. möglich, wenn die Ernte 5 Tage vor Beginn bei der Kammer angemeldet wird - Feinkörnige Leguminosen: Ernte ab 01.09. - Kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln - Folgekultur muss eine Winterung oder Winterzwischenfrucht sein	- Pflanzenschutz nur im ersten Ausbringungsjahr zulässig - Organische Düngung zulässig
Nutzung:	Nutzung:	Nutzung:
Biogas- bzw. Futternutzung ab 16.02. des Folgejahres zulässig	Schnittnutzung bei feinkörnigen Leguminosen erlaubt	Schnittnutzung, stoffliche und/oder energetische Verwertung erlaubt

Möglichkeiten der Gestaltung von ÖVF

Stilllegung (Ackerbrache)	Brache mit Honigpflanzen	Zwischenfrucht
Gewichtungsfaktor 1,0	Gewichtungsfaktor 1,5	Gewichtungsfaktor 0,3
Begrünung / Einsaat:	Begrünung / Einsaat:	Begrünung / Einsaat:
- Gezielte Einsaat bis 01.04. oder Selbstbegrünung - Einsaat von Gräsermischungen, Wildblumen oder krautartigen Futterpflanzen (keine Kulturpflanzen zu Erntezwecken)	- Gezielte Einsaat bis 31.05. - Liste zulässiger Pflanzenarten mit entsprechenden Vorgaben für ein- oder mehrjährige Begrünung (siehe weiterführende Informationen)	- Einsaat bis 01.10. - Vorgegebene Artenliste - Mischung aus mind. 2 Arten - Max. Anteil einer Art 60 % (Anzahl Samenkörner) - Max. 60 % Grasanteil
Auflagen und Pflege:	Auflagen und Pflege:	Auflagen und Pflege:
- Keine Pflegemaßnahme vom 01.04. bis 30.06. - Min. 1 mal pro Jahr bis 15.11. Mulchen oder Mähen - Kein Einsatz von Pflanz-	- Aussaat gilt in 2018 als Mindestbewirtschaftung - Mähen, Schlegeln, Häckseln jederzeit zulässig, sofern keine Nutzung des Auswuchses	- Bodenbearbeitung zur Einsaat der Folgekultur ab 16.02. - Nach Ernte der Hauptkultur: Kein Pflanzenschutz, keine min. Dünger, kein

zenschutzmitteln • Keine Düngung • Bodenbearbeitung zur Nachsaat oder Einsaat einer Folgekultur ab 01.08. zulässig • Beweidung ab 01.08. mit Schafen und Ziegen zulässig • Gelegentliches Befahren zulässig, darf nicht zur Schädigung des Aufwuchses führen	• Kein Einsatz von Pflanzenschutzmitteln • Keine Düngung • Bodenbearbeitung zur Nachsaat oder Einsaat einer Folgekultur ab 01.10. zulässig • Beweidung ab 01.10. mit Schafen und Ziegen zulässig • Gelegentliches Befahren zulässig, darf nicht zur Schädigung des Aufwuchses führen	Klärschlamm • Schlegeln/Häckseln zulässig • Beweidung bis 31.12. im Antragsjahr nur mit Schafen und Ziegen möglich, danach mit allen Tierarten möglich
Nutzung:	Nutzung:	Nutzung:
• Keine Nutzung des Aufwuchses zulässig	• nach dem 15.02. des Folgejahres, wenn die Bra- che mit Honigpflanzen nicht weiter fortgeführt wird	• Einmalige Biogas- oder Futternutzung ab 16.02. des Folgejahres zulässig • Keine Überführung in Hauptfrucht zulässig

Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz – Förderinstrumente für die Landwirtschaft

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP-Richtlinie)

- Es werden Investitionen in eine wettbewerbsfähige, nachhaltige, besonders umweltschonende, besonders tiergerechte und multifunktionale Landwirtschaft mit öffentlichen Mitteln unterstützt.
- Investitionsvolumen bis max. 750.000 €
- Zuschuss: 35-40 % → Nicht mit Bundesprogramm zur Förderung der Energieeffizienz kumulierbar, jedoch mit Mitteln aus der Landwirtschaftlichen Rentenbank oder Förderbanken der Länder bis max. 40% des förderfähigen Investitionsvolumens
- Ansprechpartner: Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forst (ALFF) Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) <https://alff.sachsen-anhalt.de/alff-sued/landwirtschaft/agrarfoerderprogramm-afp/> P

Speicherförderprogramm des Landes Sachsen-Anhalt Zuwendungen zur Förderung von Stromspeichern für Photovoltaik-Dachanlagen

Rechtsgrundlage

Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Stromspeichern für Photovoltaik-Dachanlagen (Speicherförderprogramm)

- Erl. des MULE vom 25.09.2019-32-32349-1

Was wird gefördert?

Gefördert werden die Beschaffung und Errichtung eines Stromspeichers, der mit Strom aus

neu zu errichtenden Photovoltaikanlagen auf Dachflächen betrieben wird.

- a) Photovoltaikanlage bis zu einer installierten Leistung von bis zu 30 kWp
- b) Photovoltaikanlage gemäß Mieterstrommodelle nach § 21 Absatz 3 EEG bis zu einer installierten Leistung von 100 kWp.

Antragsberechtigt sind juristische Personen des privaten Rechts und natürliche Personen sowie juristische Personen des privaten Rechts der Wohnungswirtschaft (für Mieterstrommodelle).

Die Zuwendung beträgt bis **zu 30 Prozent** der zuwendungsfähigen Ausgaben, höchstens 5.000 Euro je Vorhaben.

Anträge sind formgebunden an das
**Landesverwaltungsamt des Landes
Sachsen-Anhalt**

**Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)**

zu richten. Stichtage für die Antragstellung sind der **31.03.2020 und 31.03.2021**. Sofern das Antragsvolumen die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel überschreitet, wird anhand der zeitlichen Reihenfolge des Eingangs der Anträge entschieden.

Weitere Informationen sowie die Antragsunterlagen zum Speicherförderprogramm sind auf der Internetseite des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt zu finden:

www.mule.sachsen-anhalt.de/energie/erneuerbareenergien/photovoltaik/

Geldanlage Ackerland: Warum Investoren im Osten LPG-Nachfolger aufkaufen

Hinweis Artikel Spiegel und PLUSMINUS

Eines unserer brennendsten Themen zur Sicherung gesunder Agrarstrukturen, auch in den nächsten Generationen, ist die Beibehaltung bestimmter Privilegierungen der Landwirtschaft gegenüber den allgemeinen Grundregeln des wirtschaftlichen Lebens.

Landesverteidigung und Volksernährung sind eben nicht allein nach den Gesetzen des freien Marktes zu organisieren, deshalb hat der Gesetzgeber klug bestimmte Ausnahmeregelungen vorgesehen.

Für uns bezieht sich das unter anderem auf den Grundstücksverkehr in Kauf und Pacht. Bei beiden kommt den ortsansässigen Landwirtschaftsbetrieben eine herausragende Stellung zu, gerade Spekulationen und Preistreibereien sollen über die einschlägige Gesetz-

gebung verhindert, zumindest begrenzt, werden.

Der aktuelle „Spiegel“ Nr. 42 vom 12.10.2019 befasste sich unter anderem auch mit diesem Thema.

Es war uns gelungen, jetzt auch die ARD für dieses Thema zu sensibilisieren. Das Wirtschaftsmagazin „**Plusminus**“ griff dieses Thema in seiner **Sendung am 23.10.2019 um 21.45 Uhr** ausgiebig auf. (wir hatten informiert)

Es bleibt die Hoffnung, dass viele Politiker und Verwaltungen nun endlich erkennen, dass es lange „5 nach 12“ ist und es sich schon jetzt um Schadensbegrenzung handelt.

Wir sind in der Sache mit den Landesregierungen und vor allem auch mit dem Bund in engem Kontakt. Ich hätte mir allerdings nie träumen lassen, dass bedingt durch die Verfehlungen in der Wende, mittlerweile eine derart große Lobbygruppe und neue Seilschaften sich lautstark artikulieren und immer wieder versuchen, über direkte und indirekte Einflussnahme den guten Gesetzentwurf vom damaligen Agrarminister aus Sachsen-Anhalt, Dr. Aeikens (bzw. dessen Novellierung) zu verhindern.

Es darf nicht vergessen werden, dass die alte Gesetzgebung als Paradigma die Förderung und Sicherung der bäuerlichen Landwirtschaft hat.

D.h. zum Beispiel Acker kauft ab einer Flächengröße ab 2 ha (neue Länder) grundsätzlich der Bauer. Davon abweichende Regelungen regelt das Gesetz im Einzelnen. Die Umgehung dieses Grundsatzes über Share-Deals hat nichts mit Investitionen zu tun, sondern

dient letztendlich der Pfründesicherung alter und neuer Seilschaften und hat katastrophale Auswirkungen auf die Agrarstruktur und die Entwicklung der ländlichen Räume. Eine Erhöhung der Anzeigegrenze von 2 auf 5 ha ist absolut kontraproduktiv, weil schon jetzt ca. 30 % des gesamten Flächenverkehrs nicht angezeigt werden und damit gar nicht kontrolliert werden können.

Wenn die Erhöhung käme, pervertiert das über weite Teile das gesamte Grundstückverkehrsrecht.

Das Landpachtverkehrsgesetz regelt schon jetzt, dass Verpachtungsentgelte, die nicht durch eine ordentliche landwirtschaftliche Bewirtschaftung zu erzielen sind, nicht zu registrieren sind (bisher noch ein zu stumpfes Schwert).

An dem grundsätzlichen und vorstehenden Paradigma haben sich alle anderen neuen Gesetze und Verordnungen zu orientieren.

Amtswechsel im Bundesministerium:

Beate Kasch wird neue Staatssekretärin, Uwe Feiler neuer Parlamentarischer Staatssekretär, Friedrich Wacker neuer Abteilungsleiter

Ende des Jahres wird Staatssekretär **Dr. Hermann Onko Aeikens** (68) altersbedingt nach über drei Jahren als Amtschef planmäßig in den Ruhestand gehen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat seine Nachfolge geregelt und sich für eine Personalle aus ihrem Haus entschieden. Nicht nur aufgrund der hervorragenden Qualifikation, auch weil „wir uns mitten in der Legislaturperiode befinden und es sinnvoll ist, auf bereits vorhandenes Fach- und Ablaufwissen setzen zu können. Das ist für einen nahtlosen und effektiven Übergang von Vorteil“, so die Bundesministerin.

Zum 1. Januar 2020 soll Frau Ministerialdirektorin **Beate Kasch** zur Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ernannt werden. Derzeit leitet sie die Abteilung 6 „EU-Angelegenheiten, Internationale Zusammenarbeit, Fischerei“.

Neuer Parlamentarischer Staatssekretär ist der brandenburgische Bundestagsabgeordnete **Uwe Feiler**.

Die Leitung der Abteilung 6 soll zeitgleich Herr Ministerialdirigent **Friedrich Wacker**, übernehmen, der gegenwärtig der Unterabteilung 62 „Internationale Zusammenarbeit, Welternährung“ vorsteht.

Gewinnglättung beschlossen

Bei der Diskussion um die neue Agrarreform und vor allem im Ergebnis der Ernte 2018 haben wir die Forderung, dass Gewinne aus Hohertragsjahren nicht gleich voll steuerlich gewürdigt werden müssen, sondern eine gewisse Glättung über zumindest 3 Jahre möglich sein soll, nachdrücklich vorgetragen.

Das Bundeskabinett hatte dann im August die so genannte Gewinnglättung mit den von der Europäischen Kommission für erforderlich gehaltenen Änderungen verabschiedet.

In Zukunft wird es möglich sein, dass die Besteuerung der land- und forstwirtschaftlichen Einkünfte auf Grundlage des durchschnittlichen Gewinns des 3-Jahres-Zeitraumes erfolgt. Wir kommen damit in die Möglichkeit, gute und schlechte Jahre auszugleichen und

somit bessere Möglichkeiten zu haben, dass die Betriebe nicht in Liquiditätsprobleme kommen.

Es kommt jetzt darauf an, dass die einschlägigen Durchführungsbestimmungen dem politischen Willen entsprechen und nicht durch entsprechende Verordnungen wieder teilweise aufgeweicht werden.

Auskunft agrarmeteorologischer Daten/Wetterdaten

Aktuelle Daten finden Sie auch bei der Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau unter:

<https://lgl.sachsen-anhalt.de/themen/agrarökologie-und-umwelt/agrarmeteorologie/>

I S A B E L

**InformationSystem zur Agrarmeteorologischen
BEratung für die Länder**

Für die kostenlose Nutzung dieser DWD-Plattform ist eine Registrierung bei der Landesanstalt erforderlich.

Terminankündigungen**Internationale Grüne Woche 2019****vom 17. – 27.01.2020****Sachsen-Anhalt Tag und Abend 20.01.2020****Bauerntag des DBB****am 27. und 28. Februar 2020 im Bördehof Barleben - Ebendorf**